

Türkei

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Waffenexporte



INHALT

| | |
|------------------------|----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 2 |
|------------------------|----------|

| | |
|---|----------|
| Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor | 3 |
| Deutsche Rüstungsexporte | 5 |
| Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland | 12 |
| Militärausgaben | 15 |
| Lokale Rüstungsindustrie | 16 |
| Streitkräftestruktur | 18 |
| Bewaffnung der Streitkräfte | 20 |
| Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft | 25 |
| Polizei und andere Sicherheitskräfte | 27 |
| Diversität in den Sicherheitskräften | 28 |

| | |
|--|-----------|
| Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts | 29 |
| Einhaltung internationaler Verpflichtungen | 29 |
| Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | 31 |
| Innere Lage im Empfängerland | 35 |
| Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | 36 |
| Bedrohung von Alliierten | 40 |
| Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | 41 |
| Unerlaubte Wiederausfuhr | 43 |
| Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes | 44 |

ZUSAMMENFASSUNG

Informationen zum Sicherheitssektor

Die breit aufgestellte türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen. An rund einem Fünftel davon ist der Staat mindestens beteiligt, viele Unternehmen sind vollständig in staatlichem Besitz. Seit Jahren wird eine Strategie der stärkeren rüstungspolitischen Autonomie verfolgt, wodurch der Anteil lokal produzierter Rüstungsgüter deutlich gesteigert werden konnte; dieser lag zuletzt laut Angaben des Verteidigungsministeriums bei rund 80 %. Gleichzeitig zählt das Land weiterhin zu den weltweit wichtigsten Akteuren im Rüstungssektor und belegte im Zeitraum 2020–2024 den elften Platz unter den größten Waffenexporteuren. Besonders im Bereich unbemannter Systeme sowie der Luftfahrtindustrie wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte erzielt. Im globalen Vergleich nimmt die Türkei derzeit den 22. Platz unter den Waffenimporteuren ein. Wichtigste Rüstungsgüterlieferanten sind Spanien, Italien und Deutschland, gefolgt von den USA und mit deutlich geringerem Anteil Russland. Darüber hinaus fungiert das Land regelmäßig als Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter und Großwaffensysteme. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die Marine umfassten diese in der Vergangenheit insbesondere umfangreiche Panzerlieferungen.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung eine, eigenen Aussagen zufolge, restriktivere Genehmigungspolitik. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtssituation nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikte sowie die Befürchtung genannt, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten. Trotzdem werden weiterhin Rüstungsexporte an die Türkei genehmigt – jährlich mindestens in Millionenhöhe. Einige Ausfuhren werden aber auch abgelehnt.

Die gesellschaftliche Rolle des Militärs erlebt seit Beginn der Regierungszeit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (Adalet ve Kalkınma Partisi; AKP) 2002 einen Wandel. Das Militär sah sich seit der Gründung der türkischen Republik 1923 stets als Wächter des Erbes des Staatsgründers Kemal Atatürk und putschte deshalb dreimal erfolgreich gegen die Regierung (1960, 1971 und 1980). Seit 2003 jedoch wurden die Befugnisse des Militärs schrittweise beschränkt und hohe Positionen innerhalb der Streitkräfte im Laufe der Zeit durch regierungsnahen Persönlichkeiten ersetzt. Diese Politik hat sich seit dem gescheiterten Putschversuch (Juli 2016), nach dem 29.444 Militärangehörige aus den türkischen Streitkräften, der Gendarmerie und der Küstenwache entlassen wurden, noch einmal verstärkt. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik zum Teil sehr begrüßt.

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium untergeordnet und weist eine stark zentralisierte Struktur auf. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht sie der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen demonstrierende vorgegangen. Wechselnde Regierungen versuchten, mittels Stärkung der Polizei die eigene Macht gegenüber dem Militär auszubauen. Dies gelang allerdings erst teilweise seit der zunehmenden Machteinschränkung des Militärs unter der Regierung von Recep Tayyip Erdoğan. Nach Ermittlungen der Polizei wegen Korruption und Geldwäsche gegen ranghohe AKP-Funktionäre 2013, insbesondere aber seit dem gescheiterten Putschversuch vom Juli 2016, wurden massenhaft Polizist:innen entlassen.

Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Die Türkei ist vielen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Das Land behält sich weiterhin das Recht zur Herstellung im Kriegsfall vor. Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Die Menschenrechtslage der Türkei ist derzeit äußerst problematisch, insbesondere hinsichtlich der politischen Bürgerrechte. Dies resultiert aus einer ganzen Reihe von Entwicklungen in den vergangenen Jahren, wie der Verhängung des Ausnahmezustandes nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016. Infolgedessen ist eine zunehmende Missachtung der Presse- und Meinungsfreiheit ebenso wie die Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung und Gülenisten zu verzeichnen – gegen 622.646 Personen wurde ermittelt, 301.932 wurden festgenommen und 96.000 weitere wurden inhaftiert, mehr als 130.000 Beamte wurden aus dem Dienst entfernt. Diskriminierung der kurdischen Bevölkerung war bereits seit einigen Jahren und insbesondere nach der Beendigung des Friedensprozesses mit der Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê; PKK) im Juli 2015 zu beobachten. In letzter Zeit wurden zudem auf Grundlage des sehr weit gefassten Anti-Terrorismus-Gesetzes zahlreiche Bürger:innen verhaftet. Der Konflikt mit den Kurd:innen forderte in den letzten 30 Jahren ca. 40.000 Todesopfer. Im Zeitraum 2009 bis 2011 wurde unter Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Doch der 2013 eingeleitete offizielle Friedensprozess wurde 2015 erfolglos für beendet erklärt. Seither flog die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK, die ihrerseits für Terroranschläge im Land verantwortlich ist. Im Osten und Südosten der Türkei kommt es seither immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen.

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. Mit Syrien und dem Irak grenzt die Türkei im Süden an zwei Länder, in denen seit mehreren Jahren Krieg herrscht. Durch die geographische Nähe ist die Türkei stark von den gewaltsamen Konflikten in diesen beiden Ländern betroffen und auch aktiv in die Kriegsergebnisse involviert. So unterstützt die Türkei beispielsweise oppositionelle Gruppen im Kampf gegen Assad, kämpft aber auch gegen kurdische Gruppen in Syrien, um deren Einfluss und Autonomiebestrebungen zurückzudrängen. Im Dezember 2024 stürzte ein Zusammenschluss von Rebell:innen das Regime Assad. Was nun auf die 50 Jahre lange Dynastie der Familie Assad folgt, bleibt abzuwarten. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 wieder türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt zwar gute und für die Türkei bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG), insbesondere zur einflussreichen PDK (Partiya Demokrata Kurdistanê, deutsch: Demokratische Partei Kurdistans) und dem seit 10. Juni 2019 amtierenden Präsidenten Nechirvan Barzani. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab.

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 13.460 US-Dollar zählt die Türkei weiterhin zu den „upper-middle income countries“. Die türkische Wirtschaft gilt als vergleichsweise diversifiziert und resilient, steht jedoch seit mehreren Jahren unter dem Druck hoher Inflation, Arbeitslosigkeit und struktureller wirtschaftlicher Defizite. Trotz einer anhaltenden Wirtschaftskrise und niedriger Kreditwürdigkeit konnte die Türkei die COVID-19-Pandemie mit positiven Wachstumsraten überstehen und verzeichnete 2024 ein Wirtschaftswachstum von rund 3 %. Im Bereich der sozialen Entwicklung weist die Türkei mit einem HDI-Wert von 0,853 weiterhin ein hohes Niveau „menschlicher Entwicklung“ auf. Extreme Armut ist vergleichsweise gering, gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen,

insbesondere bei Einkommensungleichheit, Jugendarbeitslosigkeit sowie der Umsetzung einzelner SDG's. Zudem beherbergt die Türkei mit rund 3,6 Millionen Geflüchteten die weltweit größte Flüchtlingsbevölkerung. Im Vergleich zu den Bildungs- und Gesundheitsausgaben – welche in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,2 bzw. 4,3 % am BIP lagen, erscheinen die Militärausgaben von 2,0 % am BIP im gleichen Zeitraum nicht unangemessen hoch. Im GMI 2025 belegte die Türkei den 28. Platz und gilt somit als „stark militarisiert“.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2024 (in Millionen Euro)

| Jahr | Güter / in % des Gesamtwertes ¹ | Gesamtwert |
|------|--|------------|
| 1999 | Marinetechnik: 98% | 976,15 |
| 2000 | Teile für Kampfschiffe: 61,4% Herstellungsausrüstung für Rüstungsgüter: 18,6% Teile für Luftfahrzeuge: 9% | 260,81 |
| 2001 | Nebelwurfkörper, Lenkflugkörper, Abfeureinheiten für Lenkflugkörper, Teile für Minenräumgeräte und Lenkflugkörper: 63,7% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und andere Fahrzeuge: 29,7% | 167,34 |
| 2002 | Nebelwurfkörper, Übungswurfkörper, Abschusseinrichtung für Flugkörper, Teile für Torpedos, Flugkörper, Startplattform und Seeminen-Räumgeräte: 39,7% Wärmebildgeräte, Teile für Wärmebildgeräte und Bildverstärkerausrüstungen: 19,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Laserentfernungsmesser, Prüf- und Justierausrüstungen, Teile für Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme und Feuerleitsysteme: 18% Anzeigegeräte, Navigationssysteme, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstungen, Bauelemente und Baugruppen, Teile für Kommunikationssysteme, Radarsysteme und Stromversorgungen: 5,7% | 123,99 |
| 2003 | Patrouillenboot und Teile für Fregatten, U-Boote, Schnellboote, Minenräumboote, Patrouillenboote, Waffeneinsatzsysteme, Unterwasserortungsgeräte, Lenk- und Navigationsausrüstung: 47,5% Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge und Landfahrzeuge: 34,7% Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, elektronische Baugruppen und Teile für Kommunikations-ausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Stromversorgungen: 6,7% | 440,3 |
| 2004 | Torpedos, Minenräumgeräte und Teile für Torpedos, Flugkörper, Minenräumgeräte: 54,4% Zerstörer (zum Verschrotten) und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Echolotanlagen, Lenk- und Navigationsausrüstung: 15,1% Bordwaffen für Minenjagdboote und Teile für Kanone: 8,2% Panzerplatten, Militärische Helme und Teile für Schutzwesten: 5,3% | 72,76 |

¹ Für NATO-Mitglieder veröffentlicht die Bundesregierung in ihrem jährlichen Rüstungsexportbericht keine aufgeschlüsselten Informationen zu den jeweiligen Rüstungsgütern; es sei denn, das betreffende Land ist unter den 20 wichtigsten Bestimmungsländern des Jahres. Bei der Türkei ist dies meist der Fall. Ausnahmen stellen die Jahre 2009, 2015 und 2017 bis 2023 dar. Für diese Jahre ist deshalb keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich.

| Jahr | Güter / in % des Gesamtwertes ¹ | Gesamtwert |
|------|--|------------|
| | Elektronische Ausrüstung, Wendekreisler, Datenverarbeitungssysteme, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Ortungs- und Navigationsausrüstung, Stromversorgung: 4,4% | |
| 2005 | Geländewagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 73,7% Teile für U-Boote, Patrouillenboote, Minenjagdboote und Echolotanlagen: 15,5% | 213,09 |
| 2006 | Panzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 62,7% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Kanonen, Scheinzielpatronen und Munitionsteile für Gewehre, Revolver, Pistolen, Kanonen: 14,9% Feuerleiteinrichtungen, Bordwaffen-Steuersysteme, Prüf- und Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielüberwachungssysteme: 6,6% | 311,73 |
| 2007 | Artillerie-Ortungsradar, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme: 41,6% LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 24,4% Kommunikationsausrüstung, EloKa - Ausrüstung, Datenverarbeitungs-ausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Radarsysteme, EloKa -Ausrüstung, Messausrüstung, Stromversorgungen: 9,5% Prüfstand für Kettenfahrzeuggetriebe, Bordwerkzeuge, Sonderwerkzeuge, Herstellungsausrüstung für Kleinkalibermunition, Messgeräte, Kathoden, Klimakammern und Teile für Prüfstände, Pressen: 7,2% | 121,34 |
| 2008 | LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 44,5% Kommunikationsausrüstung, Flugvermessungssysteme, Datenverarbeitungs-ausrüstung, Mess- und Prüfausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungs-ausrüstung, Navigationsausrüstung, Lenkausrüstung, Stromversorgungen: 12,1% Munition für Gewehre, Jagdwaffen, Sportwaffen Revolver, Pistolen, Haubitzen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Kanonen-munition: 9,1% Zieldarstellungsgeräte, Abfeuergerät für Simulator, Übungszünder, Übungssprengschneider und Teile für Simulatoren, Ausbildungsgeräte: 6,7% Versorger (zur Verschrottung) und Teile für U-Boote, Küstenwachboot, Kampfschiffe, Navigationsausrüstung, Echolotanlagen: 6% Pyrotechnische Munition, Simulatoren, Seeminenvernichtungssysteme und Teile für Abfeueeinrichtungen, Seeminenvernichtungssysteme: 4,9% | 43,69 |
| 2009 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 45,58 |
| 2010 | Panzer, Brückenlegepanzer, LKW, Feuerwehrwagen und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 78,8% Abfeueeinrichtungen und Teile für Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme, Abfeueeinrichtungen: 6% | 198,97 |
| 2011 | LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 25,6% Flugkörper und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 25,5% Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Zielentfernungsmesssysteme, | 139,55 |

| Jahr | Güter / in % des Gesamtwertes ¹ | Gesamtwert |
|------|---|------------|
| | <p>Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Ausrüstung für Gegenmaßnahmen: 11,3%</p> <p>Munition für Gewehre, Revolver, Pistolen, Jagdwaffen, Sportwaffen, Kanonen, Granatmaschinenwaffen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition, Haubitzenmunition, Kanonenmunition, Mörsermunition: 7,1%</p> <p>Panzerplatten: 7,0%</p> <p>Teile für Schiffe und Unterwasserortungsgeräte: 5,8%</p> | |
| 2012 | <p>LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 17,8%</p> <p>Elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Messausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Stromversorgungen und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Stabilisierungsausrüstung, Lenkausrüstung, elektronische Kampfführung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Bauelemente, Steuerungsausrüstung, Regelausrüstung, Stromversorgungen: 15,6%</p> <p>Abfeueinrichtungen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Flugkörperabwehrsysteme: 11,5%</p> <p>Zerstörer (Verschrottung), U-Boote (Verschrottung), Sonaranlagen, Schiffskörperdurchführungen und Teile für Fregatten, U-Boote, Patrouillenboote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Steuereinrichtungen für Ortungsgeräte: 10%</p> <p>Nachtsichtvorsatzgeräte, Wärmebildgeräte und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Infrarotausrüstung, Wärmebildausrüstung: 7,7%</p> <p>Technologieunterlagen für Handfeuerwaffenteile, Munitionsteile, Flugkörper-teile, Landfahrzeugteile, Schiffsteile, Luftfahrzeugteile, Kommunikationsteile, Wärmebildgeräteeile und Fertigungsunterlagen für Zielerfassungsteile, Land-fahrzeugteile, Infrarotbaugruppen: 7%</p> <p>Zielfernrohre, Entfernungsmesser, Prüfgeräte und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohrmaschinenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuersysteme, Zielentfernungsmesssysteme, Radarsysteme: 6,9%</p> <p>Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Transportflugzeug, Hubschrauber, Trainingsflugzeuge, Luftfahrzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke: 6,5%</p> | 89,09 |
| 2013 | <p>LKW, Anhänger und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, amphibische Fahrzeuge, LKW, Landfahrzeuge: 16,3%</p> <p>Pyrotechnische Munition, Abfeueinrichtungen und Teile für Flugkörper, Abfeueinrichtungen, Flugkörperabwehrsysteme: 15,8%</p> <p>Panzerplatten, Minenschutzanzüge, ballistische Einschübe und Teile für Körperpanzer: 12,6%</p> <p>Tankausrüstung und Teile für Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge, Hubschrauber, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bordausrüstung, Tankausrüstung: 8,1%</p> <p>Software für Detektionsausrüstung, zur Modellierung von Teilen, Entwicklung von Gefechtskopfteilen, Radarteile, Getriebeerprobung, Simulationen und militärische Ausrüstung: 7,5%</p> <p>Technologie für militärische Ausrüstung: 7,1%</p> <p>Bildverstärkerausrüstung und Teile für Bildverstärkerausrüstung, Wärmebildausrüstung, Infrarotausrüstung: 6,6%</p> | 84,09 |

| Jahr | Güter / in % des Gesamtwertes ¹ | Gesamtwert |
|------|--|------------|
| | <p>Laserentfernungsmesser, Prüfausrüstung, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Waffenzielgeräte, Rohraffenrichtgeräte, Bordwaffen-Steuer-systeme, Zielentfernungsmesssysteme, Ortungssysteme: 5,2%</p> <p>Laborchemikalien, Schutzbelüftungsanlagen, Schutzausrüstung, Dekontaminationsausrüstung, Dekontaminationsmittel, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung: 4,4%</p> | |
| 2014 | <p>Herstellungsausrüstung und Teile für Herstellungsausrüstung für militärische Ausrüstung: 21%</p> <p>Munition für Jagdwaffen, Sportwaffen, Revolver, Pistolen, Scheinzielpatronen und Teile für Revolvermunition, Pistolenmunition: 11,1%</p> <p>Elektronische Ausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Bauelemente, Lenkausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Ortungsausrüstung, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen: 10,7%</p> <p>Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, Schiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte, Schiffskörperdurchführungen: 10,3%</p> <p>Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstladeflinten, Rohraffen-Lafetten, Mündungsfeuerdämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Gewehre mit KWL-Nummer, Maschinengewehre, Scharfschützengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre: 7,3%</p> <p>LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Bergungsfahrzeuge, LKW, Amphibienfahrzeuge, Antennenträger: 6,3%</p> <p>U-Boot-Simulator und Teile für Flugsimulatoren: 5,5%</p> <p>Laborchemikalien, Schutzbekleidung, Detektionsausrüstung und Teile für Schutzbelüftungsanlagen, Detektionsausrüstung: 5%</p> <p>Teile für Torpedos, Raketen, Flugkörper, Abfeuerausrüstung und Flugkörperabwehrsysteme: 4,9%</p> | 72,45 |
| 2015 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 38,96 |
| 2016 | <p>Triebwerke und Teile für Kampfhubschrauber, Flugzeuge, unbemannte Luftfahrzeuge, Triebwerke, Bodengeräte: 69%</p> <p>Kommunikationsausrüstung, Datenverarbeitungsausrüstung, Baugruppen, Navigationsausrüstung, Stromversorgungen, Regelausrüstung und Teile für elektronische Ausrüstung, Kommunikationsausrüstung, Radarstör-systeme, Datenverarbeitungsausrüstung, Navigationsausrüstung: 9,1%</p> <p>ABC-Schutzsysteme, Dekontaminationsausrüstung, Detektionsausrüstung, Laborchemikalien und Teile für Detektionsausrüstung, Strahlungsmessgeräte: 4,8%</p> | 83,9 |
| 2017 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 34,19 |
| 2018 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 12,87 |
| 2019 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 31,62 |
| 2020 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 22,90 |
| 2021 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 11,10 |
| 2022 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 4,51 |

| Jahr | Güter / in % des Gesamtwertes ¹ | Gesamtwert |
|------|--|------------|
| 2023 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 1,22 |
| 2024 | Keine Aufschlüsselung der Güter in % des Gesamtwertes möglich. | 230,84 |

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2024, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2024

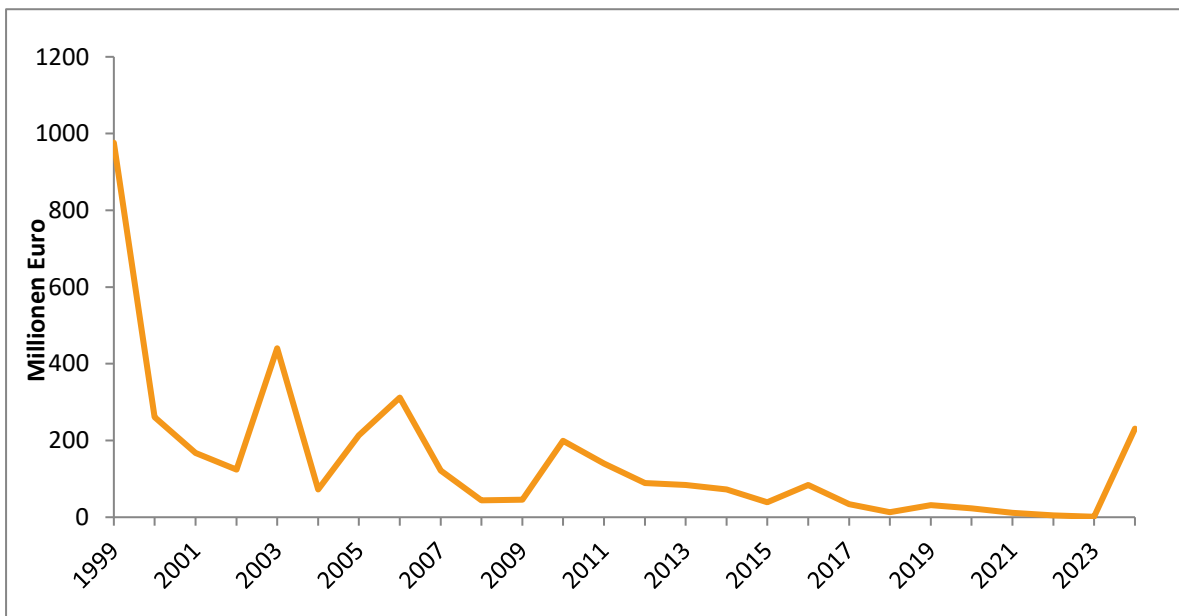


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland in die Türkei 2000-2024

| Anzahl | Bezeichnung | Waffenkategorie | Bestell-Jahr | Liefer-Jahre | Bisher geliefert | Status |
|--------|---------------|-----------------|--------------|--------------|------------------|-----------|
| 3 | Kiliç | Schnellboot | 1993 | 1998-2000 | 3 | Neuwertig |
| 2 | MEKO-200T2 | Fregatte | 1994 | 1998-2000 | 2 | Neuwertig |
| 4 | Type-209/1400 | U-Boot | 1998 | 2005-2007 | (4) | Neuwertig |

| Anzahl | Bezeichnung | Waffenkategorie | Bestell-Jahr | Liefer-Jahre | Bisher geliefert | Status |
|--------|----------------------|---------------------------|--------------|--------------|------------------|-------------------------|
| 6 | Frankenthal/Type-332 | Minenjagdboot | 1999 | 2005-2010 | 6 | Neuwertig |
| 40 | DM2A4 Seehecht | Torpedo zur U-Boot-Abwehr | (1999) | 2004-2005 | (40) | Neuwertig |
| 4 | Kiliç | Schnellboot | 2000 | 2005-2008 | 4 | Neuwertig |
| (450) | MT-881 | Dieselmotor | (2001) | 2004-2013 | (450) | Neuwertig |
| (40) | TP400-D6 | Turboprop | 2003 | 2014-2022 | (40) | Neuwertig |
| 2 | Kiliç | Schnellboot | (2004) | 2009-2010 | 2 | Neuwertig |
| 2 | COBRA | Artillerieortungsradar | (2005) | 2006 | (2) | Gebraucht |
| (298) | Leopard-2A4 | Panzer | 2005 | 2006-2010 | (298) | Gebraucht, modernisiert |
| (4) | MTU-595 | Dieselmotor | 2008 | 2011-2013 | 4 | Neuwertig |
| 56 | Leopard-2A4 | Panzer | 2009 | 2010-2014 | (56) | Gebraucht, modernisiert |
| 6 | Type-214 | U-Boot | 2011 | 2024 | 1 | Neuwertig |
| 4 | MTU-595 | Dieselmotor | (2014) | 2018-2019 | 4 | Neuwertig |
| 4 | MaK-8M20C | Dieselmotor | (2014) | 2021 | 2 | Neuwertig |
| 5 | MAN-32/40 | Dieselmotor | 2015 | 2023 | 5 | Neuwertig |
| 8 | MTU-595 | Dieselmotor | (2016) | 2024 | 2 | Neuwertig |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Die Türkei ist immer wieder Abnehmer größerer Mengen deutscher Rüstungsgüter. Neben der Lieferung von Schiffen und Schiffsteilen für die türkische Marine stechen insbesondere größere Panzerlieferungen hervor. So lieferte Deutschland im Zeitraum 2006-2010 fast 300 ausgemusterte Leopard-2A4-Panzer der Bundeswehr, welche in der Türkei modernisiert wurden. Im Zeitraum 2010 bis 2014 folgten 56 weitere Leopard-2-Panzer. Während bei früheren Panzerlieferungen Deutschlands an die Türkei vertraglich festgelegt wurde, dass die Leopard-1-Panzer, Artikel 5 des NATO-Vertrages folgend, ausschließlich im kollektiven Verteidigungsfall verwendet werden dürfen, entfiel diese Vereinbarung für die Leopard-2A4-Panzer.

Die Türkei produziert zahlreiche Waffen in deutscher Lizenz, so etwa die Kleinwaffen G3, MG3 und MP5. Zwischen 1994 und 2007 kamen noch U-Boote der Klasse 209/1400 vom Hersteller Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) hinzu. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz und

maßgeblicher Beteiligung von ThyssenKrupp Marine Systems. Alleine in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 lieferte Deutschland dafür Bauteile in einem finanziellen Volumen von rund 180 Millionen Euro, deren Lieferung bereits 2009 genehmigt und mit einer Hermes-Bürgschaft in Höhe von 2,5 Milliarden Euro abgesichert wurde. Vermutlich sollen die neuen 214er U-Boote die fünf 209er-Typen der türkischen Marine ersetzen. Laut SIPRI wurde bisher erst ein Exemplar ausgeliefert – Medienberichten zufolge wurde bereits im Mai 2025 allerdings das dritte Exemplar in Dienst gestellt.

Seit Ende 2016 verfolgt die deutsche Bundesregierung nach eigenem Bekunden eine restriktivere Genehmigungspolitik bezüglich der Rüstungsexporte in die Türkei. So wurden von November 2016 bis März 2017 elf Anträge nicht genehmigt, während es von 2010-2015 insgesamt nur zu acht Ablehnungen kam. Die verweigerten Genehmigungen umfassten Lieferungen von Handfeuerwaffen, Munition sowie Komponenten für andere Rüstungsgüter. Als Gründe wurden die sich verschlechternde Menschenrechtsslage nach dem Putschversuch, der sich erneut zuspitzende kurdische Konflikt sowie die Befürchtung, dass die Rüstungsgüter für Repressionen innerhalb der Türkei genutzt werden könnten, genannt. Die Bundesregierung bezog sich dabei auf folgende Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU für Rüstungsexporte: Kriterium 2 „Achtung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts durch das Endbestimmungsland“, Kriterium 3 „Innere Lage im Endbestimmungsland als Ergebnis von Spannungen oder bewaffneten Konflikten“ und Kriterium 7 „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Während für die Ablehnungen von 2009 bis 2014 immer das Kriterium 7 als Grund genannt wurde, steht seit 2016 das Kriterium 3 im Vordergrund. Als Reaktion auf die türkische Militäroffensive hatte die Bundesregierung im Oktober 2019 angekündigt, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten.

Im Januar 2018 marschierte das türkische Militär in die mehrheitlich kurdisch besiedelte Region Afrin in Nordsyrien ein. Dabei kamen auch deutsche Leopard-Panzer zum Einsatz. Die deutschen Rüstungslieferungen an die Türkei wurden auch im Anschluss an diese, von vielen Beobachter:innen als völkerrechtswidrig eingestufte Operation, nicht eingestellt. Wie aus der Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion im Bundestag hervorgeht, wurden – trotz anderslautender Aussagen des damaligen Wirtschaftsministers Sigmar Gabriel – zwischen dem 1. Januar und dem 13. März 2018 – parallel zur Durchführung der Afrin-Operation ab dem 20. Januar 2018 – 34 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter an die Türkei im Gesamtwert von 9,7 Millionen Euro erteilt. Insgesamt erteilte die Bundesregierung allein im ersten Halbjahr 2018 39 Einzelausfuhrgenehmigungen für die Türkei mit einem finanziellen Gesamtvolumen von rund zehn Millionen Euro. Auch bei der türkischen Militäroffensive „Operation Friedensquelle“ wurden seit Oktober 2019 nachweislich Leopard-2-Kampfpanzer von den türkischen Streitkräften in den nördlichen Provinzen Syriens eingesetzt.

Im Zuge der anvisierten Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie der Türkei sollen ca. 1.000 Altay-Kampfpanzer gebaut werden. Die ersten Prototypen wurden 2017 getestet. Wie der Leopard-Panzer sollte auch der Altay eine 120-Millimeter Glattrohrkanone enthalten, die Medienberichten zufolge mit einer Lizenz von Rheinmetall gebaut werden sollte. Die Dieselmotoren des türkischen Panzers sollten von der MTU Friedrichshafen/Rolls-Royce-Gruppe kommen. 2022 wurden 14 Ausfuhren im Wert von 4,15 Mio. Euro genehmigt – eine Ausfuhr wurde nach Kriterium 7 abgelehnt. 2023 wurden Rüstungsgüterausfuhren im Wert von 1,22 Mio. genehmigt.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2020-2024, Mio. TIV²

| Jahr | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2020-2024 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | 107 | 282 | 186 | 679 | 381 | 1635 |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

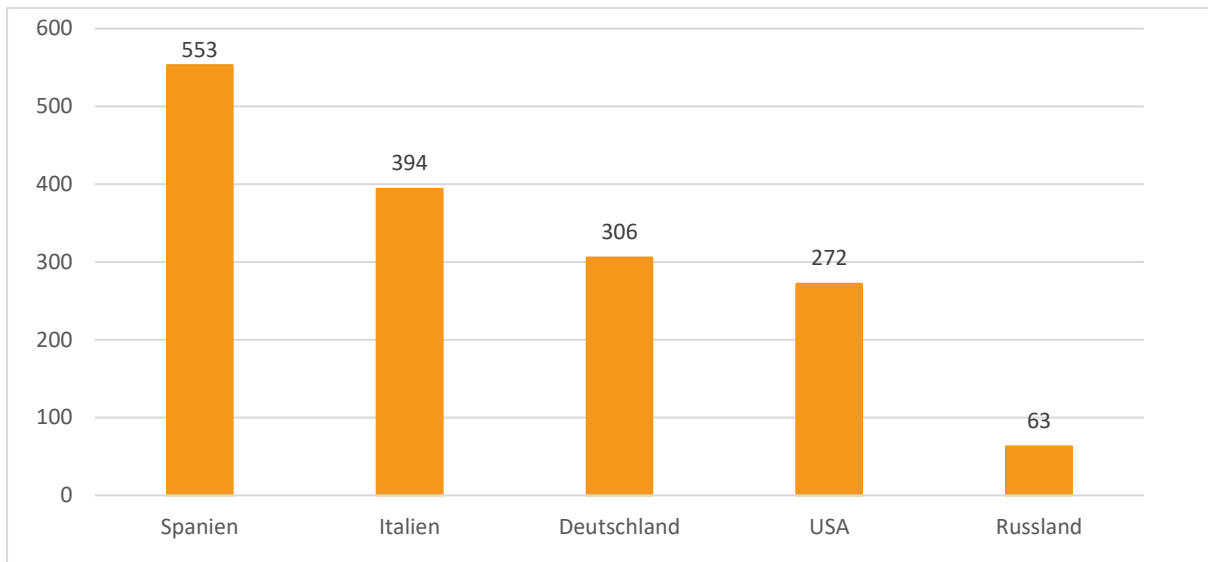
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen in die Türkei 2020-2024, Mio. TIV

| Jahr | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2020-2024 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | - | 1 | 12 | 15 | 278 | 306 |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

² SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2020-2024, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: August 2025) nahm die Türkei im Zeitraum 2020 bis 2024 die 22. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. Wichtigster Rüstungslieferant für die Türkei waren lange die USA – im genannten Zeitraum war es jedoch Spanien (mit 34 % aller Lieferungen). Die USA rangierten (mit 17 %) in der aktuellen Betrachtungsperiode nur auf dem 4. Platz, hinter Italien (24 %) und Deutschland (19 %) aber noch vor Russland (4 %).

Spanien exportierte seit 2014 zehn A400M Atlas Transportflugzeuge in die Türkei, von denen das letzte 2022 ausgeliefert wurde. Teile hierfür wurden auch in der Türkei gefertigt. 2015 wurde zudem der Auftrag zur Lieferung eines amphibischen Landungsschiffes vom Typ BPE – bzw. entsprechender Bausätze und Komponenten zur Lizenzfertigung – über 1,5 Milliarden Euro beschlossen. 2023 wurde das Schiff bzw. die Teile hierfür ausgeliefert.

Von **Italien** kaufte die Türkei insb. Kampfhubschrauber sowie Marinegeschütze. Seit 2014 lieferte Italien u. a. 74 von insgesamt 92 (seit 2008 geordneten) T-129B ATAK-Kampfhubschraubern bzw. ebenfalls Bausätze für die Lizenzproduktion. Außerdem lieferte Italien seit 2016 einen Gokturk-1 Aufklärungssatelliten, sechs ATR-72MP (Flugzeuge zur Seefernaufklärung bzw. U-Boot-Abwehr), 15 AW119 Koala (Trainingshubschrauber) und drei von zehn bestellten Super Rapid 76mm (Marinegeschütze).

Deutsche Lieferungen finden sich im vorherigen [Kapitel](#).

Die **USA** lieferten seit 2015 bspw. im Rahmen zweier Deals insgesamt zehn CH-47F Chinook Transporthubschrauber (2016 – 2019) sowie im Rahmen des TUHP-Programms bisher über 21 in Lizenz gefertigte Black Hawk Hubschrauber (von insgesamt 86 im Jahr 2014 geordneten Stück). Sie lieferten zudem hunderte Lenkwaffen, darunter über 2000 JDAM-Lenkbomben (2017 – 2021), knapp 120 AIM-9X Sidewinder (2015 – 2016), rund 145 AIM-120C AMRAAM (2016 – 2019), 48 AGM-84H SLAM-ER Luft-Boden-Raketen (2016 – 2017) sowie etwa 160 Javelin-Panzerabwehrraketen (2017). Hinzu kamen Lieferungen von weiteren Boden-

Luft-Raketen. Im Schiffs- und Marinebereich erhielt die Türkei mehrere LM-2500 Gasturbinen (u. a. für MilGem- und TF-100-Fregatten) sowie ein amphibisches Angriffsschiff (BPE; 2023), zehn Phalanx CIWS-Bordgeschütze (2017–2023) und Komponenten für Marineflugabwehrsysteme aus den USA. Darüber hinaus lieferten die USA seit 2015 in großem Umfang Motoren, darunter mehrere tausend Fahrzeugmotoren (u. a. für Kirpi, Vuran, Ejder Yalçın und Kaplan Fahrzeuge, 2015–2022) sowie zahlreiche Flugzeug- und Hubschraubermotoren (CTS-800 Turboshfts für T-129B Kampfhubschrauber). 2023 stellte die Türkei zudem eine Anfrage über 40 F-16V-Kampfflugzeuge und umfangreiche Munitionspakete (JDAM, GBU-39, AIM-120, AIM-9X, Anti-Radar-Raketen). Der entsprechende Deal sollte zudem 79 Modernisierungskits beinhalten, welche jedoch gestrichen wurden.

Allerdings ist die Türkei in den letzten Jahren darum bemüht, ihre Abhängigkeit von großen europäischen und US-Lieferanten zu reduzieren und sucht sich auch außerhalb der NATO-Rüstungspartner. Dies spiegelt sich auch in der im Januar 2017 erfolgten Aufkündigung des Vertrages zwischen dem türkischen Unternehmen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL wider, das bei der Entwicklung von eigenen Triebwerken für die Altay-Panzer unterstützen sollte. Im Rahmen der Begründung zur Beendigung dieses Vertragsverhältnisses wies das türkische Unternehmen auf die kritische Einstellung des Europäischen Parlamentes zur Türkei hin, die keine verlässliche Unterstützung bei militärischen Vorhaben durch westliche Unternehmen erwarten ließe. Dahinter steckt die Befürchtung, dass Sanktionen seitens der NATO- bzw. EU-Staaten erfolgen könnten. Dennoch bleiben Kooperationen mit NATO-Partnern für die Türkei weiterhin wichtig, wie das im Juli 2017 unterzeichnete vorläufige Abkommen zwischen Frankreich, Italien und der Türkei zeigt, dass die gemeinsame Entwicklung eines Flugabwehrsystems anstrebt. Diese Kooperation des französisch-italienischen Konsortiums Eurosam mit türkischen Unternehmen zielt auf die Entwicklung und Produktion eines für alle drei Länder geeigneten Flugabwehrsystems ab.

Außerhalb der NATO schienen insbesondere China und Russland für die Türkei zeitweise von Interesse gewesen zu sein. Im November 2015 stoppte die Türkei eine vier Milliarden US-Dollar schwere Ausschreibung für ein Luftabwehrraketensystem, welches eigentlich der chinesischen Firma CPMIEC zugesprochen worden war. Grund dafür war die massive Kritik seitens einiger NATO-Mitglieder, insbesondere der USA, die einerseits auf die mögliche Inkompatibilität des chinesischen Systems mit jenen der NATO hinwiesen, andererseits aber auch den Vorwurf erhoben, dass CPMIEC internationale Sanktionen gegen den Iran, Nordkorea und Syrien missachte. Auch bezüglich russischer Systeme wurden Komptabilitätsbedenken innerhalb der NATO geäußert. Dennoch schlossen die Türkei und Russland im September 2017 einen Vertrag zum Kauf von zwei S-400-Luftabwehrsystemen aus Russland ab, wobei zumindest ein Teil der Produktion in Kooperation mit türkischen Rüstungsunternehmen stattfand. Türkische Medien berichten von einem Auftragsvolumen von 2,5 Milliarden US-Dollar. Die von der NATO geäußerten Bedenken – insbesondere das Pentagon befürchtet, dass Russland die neuen US-Tarnkappenflugzeuge F-35 über die empfindlichen Radare des Abwehrsystems ausspionieren könnte – wurden seitens der Türkei zurückgewiesen. Die ersten Lieferungen für das russische Luftabwehrraketensystem erfolgten im Juli 2019 und wurden bis Ende des Jahres vollendet. Nachdem das S-400 den Anforderungen für den „Steel Dome“ allerdings nicht entsprach wurde 2025 bekannt, dass die Türkei wieder verstärktes Interesse an dem SAMP/T von Eurosam zeigt.

Ferner bestellte die Türkei aus Russland in den letzten fünf Jahren insbesondere Panzerabwehrraketen und Luftabwehrraketen sowie einen 64N6 Luftraumsuchradar. Aufgrund der Beschaffung des S-400 wurde die Türkei im November 2019 von den USA aus dem

Beschaffungsprogramm des F-35A Kampfflugzeuges ausgeschlossen. Infolgedessen soll die Türkei, insbesondere auch vor dem Hintergrund der sondierten Industriekooperation mit Russland, Interesse an der Beschaffung von 36 russischen Su-35 Kampffjets gezeigt haben. Laut SIPRI bezog die Türkei aus Russland seit 2022 keine Großwaffensysteme mehr.

Der Putschversuch (2016) und die darauffolgenden Repressionen sowie die Uneinigkeit in Bezug auf die Strategie im syrischen Bürgerkrieg veranlassten einige NATO-Mitglieder zur Frage, inwiefern sie weiterhin sensible Technologien mit der Türkei teilen können und ob die Verteidigungszusammenarbeit allgemein noch tragbar ist. Dies gilt insbesondere für Frankreich und Deutschland, zeitweise auch für die USA und das Vereinigte Königreich. Dennoch unterstützte die damalige britische Premierministerin Theresa May Anfang 2017 die Vermittlung eines Rüstungsabkommens über die gemeinsame Entwicklung von Kampfflugzeugen durch britische und türkische Unternehmen, das für die Türkei keine Einschränkungen bezüglich der Exportländer enthalten soll. Als Reaktion auf die türkische Militäroffensive gegen die kurdische YPG im Norden Syrien kündigte – neben Deutschland und Frankreich – jedoch auch die britische Regierung an, vorerst keine Genehmigungen mehr für Rüstungsgüter und Waffen zu erteilen, die von der Türkei potenziell in dem Konflikt eingesetzt werden könnten. Daneben haben Norwegen, Finnland und die Niederlande auch bereits genehmigte Rüstungslieferungen in die Türkei vorerst gestoppt. Schweden fordert ein EU-weites Waffenembargo, auf das sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bisher nicht einigen konnten.

Militärausgaben

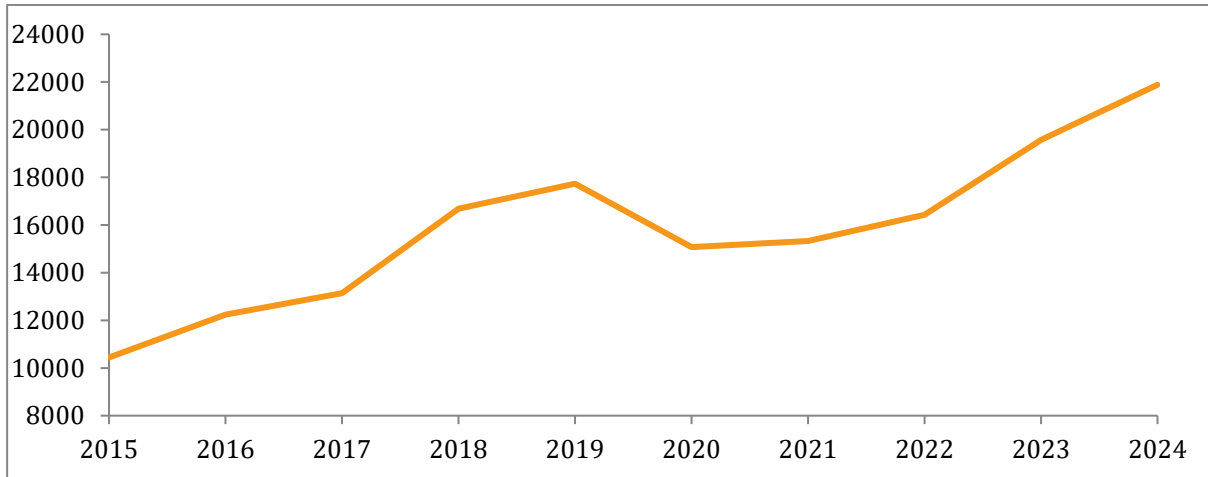
Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 15070 | 15334 | 16429 | 19578 | 21884 |
| Anteil am BIP (in %) | 2,2 | 1,9 | 1,7 | 1,7 | 1,9 |
| Anteil an Staatsausgaben (in %) | - | - | - | - | - |

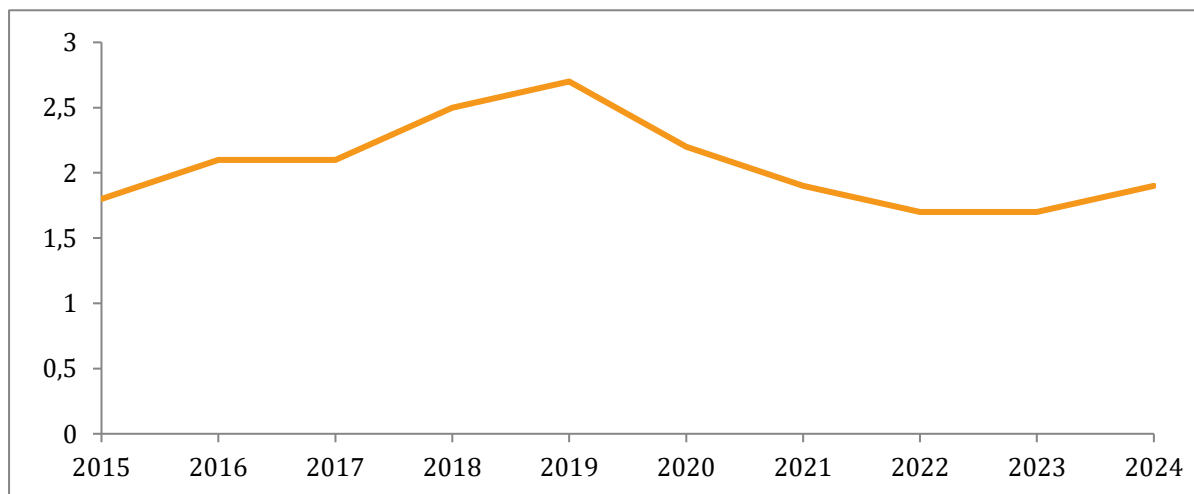
Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3**Absolute Militärausgaben, Trend 2015 – 2024 in Mio. USD**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2015 – 2024 (in %)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die türkische Rüstungsindustrie besteht aus ca. 100 Kernunternehmen und ist relativ breit aufgestellt. Die Kompetenzen der lokalen Industrie umfassen Schiffskonstruktion und -reparatur, das Design und die Produktion von Landfahrzeugsystemen, Kleinwaffen, Ausrüstung zur Abwehr von chemischen, biologischen sowie radiologischen und nuklearen Gefahren, Raumfahrtkomponenten, militärischer Elektronik, Sensorsystemen, unbemannten

Flugsystemen und Software-Service. Bestimmte, kritische Technologien kann die Türkei jedoch noch nicht selbst herstellen. So ist das Land beispielsweise bei der Raumfahrttechnik noch von ausländischer Expertise abhängig. Ebenso basiert der als lokales Projekt dargestellte Altay-Panzer auf den südkoreanischen K2-Kampfpanzern und auch lokale Drohnenprogramme beruhen auf in der Türkei angepassten ausländischen Technologien.

Trotz des relativ aktiven Privatsektors bleiben die staatseigenen Industrieanteile groß. So ist der Staat mit 21 Unternehmen an ca. einem Fünftel der Rüstungsunternehmen beteiligt, einige der führenden Unternehmen, so zum Beispiel Turkish Aerospace Industries (TAI) oder Makina ve Kimya Endüstrisi Kurumu (MKE), ASELSAN oder Roket Sanayi Kurumu sind vollständiges Staatseigentum oder in mehrheitlichem Besitz der „Armed Forces Foundation“. Um das Ziel der türkischen Regierung zu erreichen, in der Rüstungsindustrie zu einem der wichtigsten globalen Akteure zu werden, soll die Privatisierung weiter forciert werden. Im Zeitraum 2020-2024 belegte die Türkei bereits den 11. Platz unter den weltweit größten Waffenexporteuren. Bislang wurden eine solche Privatisierung sowie eine ebenfalls angestrebte Verkleinerung staatseigener Unternehmen jedoch immer wieder verschoben.

Die Türkei ist bestrebt, ihre Abhängigkeit von ausländischen Lieferungen und Unternehmen durch die Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie zu überwinden. Hierzu wurden bereits zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet: So werden in jedem Fünfjahresplan seit 2007 neue Zielmarken für den Anteil der lokalen Rüstungsindustrie an der Beschaffung durch die Türkei sowie für den Wert der Rüstungsexporte festgelegt. Während diese Ziele in den Anfangsjahren teils übertroffen wurden, stagnierte diese Entwicklung in den letzten Jahren; insbesondere aufgrund des vergleichsweise schwachen Wirtschaftswachstums. Trotz dieser Hindernisse kündigte der türkische Präsident Erdoğan 2015 an, dass die Türkei bis 2023 unabhängig von Rüstungsimporten sein will. 2015 betrug der Anteil der Ausrüstung der türkischen Streitkräfte durch lokale Rüstungsunternehmen rund 60 %, 2022 soll der Anteil laut türkischem Verteidigungsministerium bereits bei rund 80 % gelegen haben. 2004 lag der Anteil noch bei etwa 20 %. Als weitere Maßnahme zur Stärkung der lokalen Rüstungsindustrie sind nationale Rüstungsunternehmen seit 2011 dazu verpflichtet, Unteraufträge an türkische Unternehmen zu vergeben und diese ebenso wie die Partnerunternehmen bei Exporten zu unterstützen. Ende 2018 wurde die staatliche Raumfahrtbehörde Türkiye Uzay Ajansı (TUA) gegründet, um die eigene Unabhängigkeit auch in diesem Bereich voranzutreiben.

Auch wenn die türkische Rüstungsindustrie noch nicht die von der Politik geforderten hohen Anteile erfüllen kann, so hat sie in den vergangenen 15 Jahren große Fortschritte bezüglich ihres Outputs und ihrer Unabhängigkeit gemacht, insbesondere im Bereich der Luftfahrt. Hauptexportmärkte der Türkei waren zwischen 2011 und 2017 Aserbaidschan, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Indien, Malaysia, Katar, Saudi-Arabien, Tunesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und die USA. Das Ziel, bis 2016 Rüstungsgüter im Wert von zwei Milliarden US-Dollar jährlich zu exportieren, schien 2015 mit einem Wert von 1,6 Milliarden nicht unrealistisch zu sein. 2020 brachen die Exporte im Bereich Verteidigung, Luft- und Raumfahrt um 17 % im Vergleich zum Vorjahr ein (Exportwert 2019: 2,74 Milliarden Dollar), erfüllten mit 2,28 Milliarden allerdings immer noch das gesteckte Ziel.

Die Bereiche, in denen die Türkei ohne die Unterstützung ausländischer Unternehmen wettbewerbsfähig ist, bleiben dennoch begrenzt. Das schwache Wirtschaftswachstum und die hohe Inflation der letzten Jahre sowie das teils noch immer mangelnde Personal als eine Folge des Putschversuchs im Juli 2016 wirken bezüglich der globalen Wettbewerbsfähigkeit bremsend, auch wenn die Regierung ihren Wunsch, die türkische Rüstungsindustrie eigenständiger zu machen, nach dem Putsch nochmals forcierte. Die Rüstungsindustrie stärkte

deshalb ihre Beziehungen zu islamisch geprägten Ländern, insbesondere zu Pakistan und Katar.

2023 wurde ein Prototyp der Baykar Bayraktar TB3 (Kampfdrohne), einer maritimen Weiterentwicklung der TB2 vorgestellt. Diese sollen anstatt sechs US-amerikanischer F-35 Kampfflugzeuge auf einem Flugzeug- bzw. Drohnenträger – der Anadolu (ein im März 2023 in Dienst gestelltes amphibisches Angriffsschiff) – stationiert werden. Zudem sollte 2023 das erste türkische Tarnkappen-Kampfflugzeug (Kaan oder auch TF-X), ein Kampfflugzeug der fünften Generation, seinen Erstflug absolvieren; dieser wurde im Februar 2024 erfolgreich absolviert.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 12 Monate (5,5 Monate für Hochschulabsolvent:innen; 21 Tage für Absolvent:innen mit Freistellung)

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

355.200 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 260.200

Marine: 45.000

Luftwaffe: 50.000

Reserve: 378.700

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 160.800, davon:

Gendarmerie: 152.100

Küstenwache: 8.700

Quelle: IISS Military Balance 2025

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2016–2024

| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Aktive in 1.000 (IISS) | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 | 355,2 |
| Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (bicc-Berechnungen) | 4,5 | 4,4 | 4,4 | 4,3 | 4,3 | 4,2 | 4,2 | 4,2 | 4,2 |

Quellen: IISS Military Balance, 2017-2025, World Bank

Kommentar

Vor dem Putschversuch am 15. Juli 2016 verfügte die Türkei über etwas mehr als eine halbe Mio. aktive Soldat:innen, womit die Türkei das zweitgrößte Truppenkontingent innerhalb der NATO stellte. In Folge des gescheiterten Putschversuchs kam es jedoch zu 29, 444 Entlassungen und über 15.000 Festnahmen von Militärpersonal (über 150 der Verhafteten sind General:innen) sowie zu einer Umstrukturierung der Streitkräfte. Sie sollte den traditionell sehr starken Einfluss des Militärs, der im Laufe der AKP-Regierungszeit seit 2003 bereits erheblich reduziert worden war, nochmals einschränken, u. a. durch den Ausbau politischer Kontrollmechanismen. Der geplante Einflussverlust des Generalstabs macht sich daran fest, dass einerseits einige seiner Kompetenzen an das Verteidigungsministerium übergehen und dass er – wie auch weitere militärische Institutionen – andererseits vermehrt mit ideologisch und persönlich loyalen Personen besetzt werden soll.

Während die drei Teilstreitkräfte nun dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt sind, wurden die paramilitärischen Einheiten ab 2015 dem Innenministerium angegliedert. Die Verantwortung für die Gendarmerie wird jedoch in Kriegszeiten dem Verteidigungsministerium übergeben. Die Gendarmerie, die für die öffentliche Ordnung in ländlichen Gebieten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizeikräfte fallen, sowie für die Gewährleistung der inneren Sicherheit und die allgemeine Grenzkontrolle zuständig ist, war immer Teil des Militärs. Ihre Umstrukturierung war ein Schlag gegen die Schlagkraft der Streitkräfte. Auch der Hohe Militärrat, die Kontrolle der Militärgerichtsbarkeit, das Sanitätswesen der Streitkräfte und das militärische Ausbildungswesen werden zunehmend zivil besetzt. Nach dem gescheiterten Putschversuch hat die türkische Regierung außerdem einen weiteren Erlass zur Schließung von Militärhochschulen und zur Umstrukturierung von Kriegsakademien erlassen. Alle Militärgymnasien wurden geschlossen, und alle Kadett:innen wurden an reguläre staatliche Schulen versetzt. Im Sommer 2017 verfügte der Oberste Militärrat die Ablösung der drei Führungsfiguren der Teilstreitkräfte, ohne offizielle Gründe dafür zu nennen. Diese Entwicklungen stehen allerdings nicht allein, sondern hängen mit dem Bestreben der AKP-Regierung zusammen, nicht nur in Bezug auf das Militär, sondern auch insgesamt ihre Macht auszuweiten. Im August 2017 waren nur noch weniger als ein Drittel des Personals, das Führungspositionen innerhalb des Militärs vor dem Putschversuch eingenommen hatte, im Amt. Rund 40 % der General:innen und höheren Offizier:innen wurden in Gewahrsam genommen, was dazu führte, dass einige Positionen des Militärs nur noch von hochrangigen Offizier:innen bekleidet werden.

Trotz dieser Maßnahmen betonte die Regierung, dass die Reduktionen durch Reformen begleitet würden, sodass die Verteidigungsfähigkeit der Türkei nicht eingeschränkt sei. Einige der traditionellen Militäraufgaben sollen im Zuge dessen durch die Polizei, die zunehmend mit schweren Waffen ausgestattet wird, übernommen werden. Diese Reformen setzen einen Trend fort, der sich schon in den kurdisch dominierten Gebieten im Südosten der Türkei abgezeichnet hat. Sichtbar wurde die nach wie vor bestehende Schlagkraft des türkischen Militärs im Rahmen der Militäroperation „Olivenzweig“, die die Türkei ab dem 20. Januar 2018 im nordsyrischen Afrin umsetzte. Unabhängig davon hat auch die Umsetzung von Plänen begonnen, die Streitkräfte zu professionalisieren und den hohen Anteil von circa 50 % Wehrpflichtigen unter den aktiven Soldat:innen zu reduzieren.

Im April 2017 eröffnete die Türkei ihre erste Militärbasis in der Golfregion in Katar, wo Einheiten des Heeres, der Marine, der Luftwaffe und Spezialeinheiten aktiv sind. Auch in der Region Kurdistan-Irak (KRI) verfügt die Türkei über zahlreiche Militärbasen.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------------------|----------------|---|
| Schwere Panzer | 2.378 | 316 Leopard 2A4 werden derzeit modernisiert |
| Schützenpanzer | 645 | |
| Gepanzerte Mannschaftstransporter | 6.403 | |
| Gepanzerte Nutzfahrzeuge | 1.450 | |
| Bergepanzer | 150 | |
| Pionierpanzer | Mehr als 12 | |
| Brückenlegepanzer | 88 | |
| Minenfahrzeuge | Mehr als 14 | |
| Artillerie | Mehr als 2.762 | |
| Panzerabwehr | 709 | Zusätzlich rückstoßfreie Abschussgeräte und tragbare Panzerabwehrenk-waffensysteme, z. B. Milan |
| Flugzeuge zur Luftüberwachung | 5 | |
| Trainingsflugzeuge | 49 | |
| Transportflugzeuge | 8 | |
| Kampfhubschrauber | 91 | |
| Mehrzweckhubschrauber | 28 | |
| Transporthubschrauber | 216 | |
| Drohnen | Mehr als 73 | Kampfdrohnen (Akinci; Bayraktar TB2), Aufklärungsdrohnen (Falcon 600/Firebee; CL-89; Gnat) |
| Loitering Munition | Einige | Harpy |
| Luftabwehr | Mehr als 1.552 | Davon mehr als 148 Boden-Luft-Raketen und 1.404 Geschütze |
| Raketen | Einige | Mizrak-U |

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Das türkische Heer wurde in der AKP-Regierungszeit stark reduziert und war vom Rückgang der Anzahl der Streitkräfte der vergangenen Jahre von den drei Einheiten am stärksten betroffen. Zeitgleich erhöhte sich die Qualität der Ausbildung. Ziel des Heeres ist es, alle NATO-Missionen erfüllen zu können und entsprechend mobil und fähig zu sein, in der gesamten Bandbreite an Konfliktsituationen operieren zu können.

Im Dezember 2015 wurde bekannt, dass das Heer in Abstimmung mit dem irakischen Verteidigungsministerium schon seit knapp einem Jahr im Irak aktiv war, hauptsächlich bei Trainingsmaßnahmen lokaler Streitkräfte im Kampf gegen den Islamischen Staat (IS). Im Zuge der Operation „Euphrat-Schild“ vom August 2016 bis März 2017 wurde das türkische Heer im Norden Syriens eingesetzt, wobei es u. a. zu Aktionen gegen die kurdische Miliz YPG (Yekîneyên Parastina Gel, deutsch: Volksverteidigungseinheiten) kam. Die Aktionen gegen die YPG sollten insbesondere einen YPG-kontrollierten Korridor zwischen Kobane und Afrin verhindern. Im Oktober 2016 lag die Zahl der im Nordirak stationierten türkischen Soldat:innen bei schätzungsweise 2.000. Ende 2024 waren rund 4.086 Soldat:innen im Irak stationiert, lediglich 86 hiervon im Rahmen der NATO-Mission. Im Frühjahr 2017 sollen sich türkische Spezialeinheiten und der türkische Geheimdienst MIT an Offensiven der kurdischen Peshmerga im Nordirak gegen die jesidische Selbstverwaltung Shingals beteiligt haben. Ab Januar 2018 wurde das türkische Heer im Rahmen der Operation „Olivenzweig“ im syrischen Afrin eingesetzt und ab 2019 im Rahmen der Operation „Friedensquelle“. Der Türkei wurde eine Teilkontrolle über die Provinz Idlib gewährt, in der die verbleibende bewaffnete Opposition stationiert ist.

Laut IISS-Daten verringerte sich der Bestand des türkischen Heeres im Jahr 2022 um rund 2.000 vormals eingelagerte Schwere Kampfpanzer (M48A5), 250 Aufklärungsfahrzeuge und rund 5.000 Artilleriegeräte und stieg um rund 200 Panzerabwehrwaffen sowie rund 150 gepanzerte Mannschaftstransporter. Bis Ende 2023 wurden u. a. 40 weitere Kampfdrohnen (Bayraktar TB2 und Akinci) in Dienst gestellt.

Tabelle 8

Marine

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|----------------------------|--------|------------------------|
| U-Boote | 13 | Alles deutsche Modelle |
| Fregatten | 17 | |
| Patrouillenboote | 50 | |
| Davon Korvetten | 9 | |
| Minenboote | 11 | |
| Amphibienfahrzeuge | 45 | |
| Logistik und Unterstützung | 37 | |

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-------------------------|-------------|------------------------------|
| Unbemannte Seefahrzeuge | Mehr als 14 | Über- und Unterwasserdrohnen |

Quelle: IISS Military Balance 2025

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineinfanterie:

25 amphibische Angriffsfahrzeuge

2 Bergepanzer

Marineflieger:

33 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr

10 Kampfhubschrauber

7 Transportflugzeuge

6 Seefernaufklärungsflugzeuge

6 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr

22 Drohnen (alle kampffähig)

Einige Bomben und Raketen

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die Marine ist die kleinste Teilstreitkraft des türkischen Militärs, konnte aber in den letzten Jahren durch eine Bandbreite an Operationen ihre internationale Bedeutung erhöhen. So wurde die Zusammenarbeit mit den Seestreitkräften aus Deutschland, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich, Griechenland, Italien, Spanien, Belgien und den USA durch die Beteiligung der türkischen Marine an der Standing NATO Maritime Group 2 (seit 2013) und der Standing NATO Response Force Mine Countermeasures Group 2 (SNMCMG2, seit 2010) gestärkt, in deren Verbund die türkische Marine auch teils zu den NATO-Operationen Active Endeavor (z. B. 2009, 2012) und Ocean Shield (z. B. 2009, 2014) beitrug. Außerhalb der NATO beteiligt sich die türkische Marine seit 2010 an der vom UN-Sicherheitsrat mandatierten Combined Task Force 151 im Kampf gegen Piraterie vor Somalia. Zudem ist die Türkei seit 2006 Teil des Marineeinsatzverbandes der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL).

Die Rolle der Marine im Mittelmeer und Schwarzen Meer wird weiterhin ausgebaut. Auch wenn die Kooperation zwischen den Staaten am Schwarzen Meer durch den Krieg in der Ukraine beeinträchtigt wird, verfolgt die Türkei eine Strategie der regionalen Kooperationen am Schwarzen Meer. Beispielhaft sind hier die türkisch initiierte Black Sea Naval Cooperation Task Group (BLACKSEAFOR) zwecks Sicherheitsgewährleistung und humanitärer Einsätze und die zunächst nationale, mittlerweile aber multilaterale Operation Black Sea Harmony zur Terrorismusbekämpfung zu nennen.

Die Marine ist einer der Hauptempfänger der lokalen Rüstungsindustrie geworden. Derzeit finden Seerprobungen eigens entwickelter unbemannter, bewaffneter Kampfschiffe statt. Die 12 Schiffe der U-Boot-Flotte stammen alle entweder aus Deutschland oder wurden unter deutscher Lizenz produziert. So wurden die U-Boote der Klasse 209/1400 unter Lizenz

des Herstellers Howaldtswerke Deutsche Werft (HDW) von 1994 bis 2007 in der Türkei gefertigt. Zudem baut die Türkei aktuell sechs U-Boote mit Außenluftunabhängiger Antriebsanlage des Typs 214 unter deutscher Lizenz, von denen das erste im März 2021 vorgestellt wurde. Die ersten U-Boote der Klasse Atilay wurden in den 1970er Jahren durch die HDW und durch die türkischen Gölcük Naval Shipyard produziert.

Tabelle 9
Luftwaffe

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|--|-------------|---|
| Jagdflugzeug | 14 | |
| Jagdbomber | 279 | |
| Aufklärungsflugzeuge | 10 | Sieben ISR und drei SIGINT |
| Flugzeuge zur elektronischen Kriegsführung | 1 | |
| AWACS | 4 | |
| Tankflugzeuge | 7 | |
| Ausbildungsflugzeuge | 173 | |
| Transportflugzeuge | 79 | Davon 1 Passagierflugzeug |
| Transporthubschrauber | 37 | |
| Luftabwehr | Mehr als 58 | u. a. MIM-14 Nike Hercules; Rapier |
| Drohnen | 57 | Kampfdrohnen (Anka-S und Akinci) und Aufklärungsdrohnen (Heron, Gnat 750) |
| Raketen | Einige | u. a. Sidewinder; Sparrow; Maverick |

Quelle: IISS Military Balance 2025

Kommentar

Die türkische Luftwaffe gilt als gut ausgestattet und trainiert. Es sind diverse größere Anschaffungsvorhaben in Planung, allerdings kommt es immer wieder zu Verzögerungen, z. B. bezüglich eines militärischen Satelliten. 2014 wurde die Luftwaffe umstrukturiert, laut Präsident Erdoğan um – vor dem Hintergrund der Situation in Syrien und der allgemein zunehmend instabilen Lage im weiteren Mittleren Osten – die Abschreckungspotenziale zu erhöhen. So wurden mehrere Einheiten unter das gleiche Kommando gestellt.

Seit Juli 2015 flog die Luftwaffe Angriffe auf den IS in Syrien. Kurz nach dem ersten Angriff auf IS-Ziele wurde sie auch dazu eingesetzt, Luftangriffe gegen die PKK zu fliegen. Innerhalb weniger Tage wurden im Nordirak und im Norden Syriens hunderte PKK bzw. PYD -Stellungen getroffen. Die Luftangriffe gegen die PKK und ihre Schwesterorganisation in Syrien

wurden seitdem regelmäßig wiederholt. So bombardierte die türkische Luftwaffe beispielsweise im April 2017 das nordirakische Shingal sowie eine Gebirgsregion in Nordostsyrien, wobei neben Kämpfer:innen der mit den USA kooperierenden YPG auch Medienvertreter:innen getötet wurden. Ferner wurde ein YPG-Stützpunkt in Nordsyrien getroffen. Im Sommer 2017 wurden mehrfach kurdisch dominierte Gebiete in Nordsyrien angegriffen, auch um die de-facto-Autonomie des von der PYD (Partiya Yekitiya Demokrat, deutsch: Partei der Demokratischen Union), einer Schwesterpartei der PKK, beherrschten Gebietes zu beenden. Die Militäroperation in Afrin im Januar 2018 begann die Türkei mit einem schweren Luftbombardement, bei dem 72 Kampfflugzeuge zum Einsatz kamen. Diese Angriffe setzen sich bis heute fast durchweg fort. So greift die Türkei seit Oktober 2023 fast täglich mit Hilfe von Drohnen und Kampfflugzeugen Militärposten der kurdischen YPG und PKK, aber auch die zivile Infrastruktur im Nordosten Syriens an.

In den letzten Jahren hat die Türkei auch eine umfassende Drohnenflotte aus Eigenproduktionen aufgebaut (Kampfdrohnen vornehmlich Bayraktar TB2 und Anka-S). Sie soll auch Hunderte unbewaffnete Modelle umfassen. Zusätzlich ist die Türkei derzeit dabei ein eigenes Kampfflugzeug der fünften Generation unter dem Namen Kaan zu bauen, welches die im Einsatz befindlichen F-16 ersetzen soll. Hersteller ist die Turkish Aerospace Industries, welche seit 2017 mit dem britischen Rüstungsunternehmen BAE Systems kooperiert. Im Jahr 2024 fand der Jungfernflug statt, die Auslieferung der ersten Flugzeuge ist auf 2028 terminiert. Derzeit wird das Projekt vor allem dadurch behindert, dass die bisher genutzten F110-GE-129 Triebwerke von General Electric durch in der Türkei hergestellte Triebwerke der Firma TRMotor ersetzt werden sollen. Nachdem ursprünglich die deutsch EUROJET Turbo GmbH – Entwickler des im Eurofighter genutzten EJ200-Triebwerks – an der Entwicklung beteiligt werden sollte, scheint sich dies inzwischen zerschlagen zu haben.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Gendarmerie:

Mehr als 57 Aufklärer

Mehr als 760 gepanzerte Mannschaftstransporter

Einige gepanzerte Nutzfahrzeuge

Einige selbstfahrende Mörser (120mm)

2 Transportflugzeuge

Einige Aufklärungsflugzeuge

13 Kampfhubschrauber

19 Mehrzweckhubschrauber

36 Transporthubschrauber

42 Drohnen (kampffähig)

Einige lasergesteuerte Bomben

Küstenwache:

197 Patrouillenboote

3 Seefernaufklärungsflugzeuge

14 Mehrzweckhubschrauber

6 Drohnen (kampffähig)

Quelle: *ISS Military Balance 2025*

Box 4

Peacekeeping

Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 238 Soldat:innen

Irak (NATO Mission Iraq): 86 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 92 Soldat:innen

Somalia (UNSOM): 1 Soldat:in

Quelle: *ISS Military Balance 2025*

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft durchläuft etwa seit 2003 und insbesondere seit dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 einen bedeutenden Wandel. Traditionell nahm das Militär seit der Gründung der türkischen Republik 1923 eine sehr bedeutende Stellung ein, was historisch auf seinen Einfluss auf die Entstehung der Republik zurückzuführen ist. So sah es sich seit Staatsgründung durch Mustafa Kemal Atatürk stets als Wächter seines Erbes und der Verfassung, welche eine strikte Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die Streitkräfte dienten der Verteidigung der Türkei, nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Feinde. Das Militär putschte seit 1923 viermal (1960, 1971, 1980 und 2016). Zudem erzwang das Militär 1997 den Rücktritt des damaligen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan. Das Militär gab eine Reihe von "Empfehlungen" ab, die die Regierung akzeptieren musste; seine Wohlfahrtspartei wurde daraufhin aufgelöst. Diese Entwicklung wird oft als „sanfter Putsch“ bezeichnet und demonstrierte erneut die Macht des Militärs. Der jüngste Putschversuch geschah im Jahr 2016 (siehe weiter unten).

Der erste Putsch erfolgte am 17. Mai 1960 gegen den damaligen Ministerpräsidenten Adnan Menderes, welcher später gemeinsam mit zwei weiteren Ministern hingerichtet wurde. Als Gründe nannten die beteiligten Offizier:innen islamische Tendenzen des Ministerpräsidenten und somit einen Verstoß gegen die laizistische Verfassung. Zudem wurde ihm eine Bevorzugung der Kurd:innen vorgeworfen. Bis zum November 1961 übernahm der General Cemal Gürsel als vierter Präsident die Macht in der Türkei, er implementierte eine neue demokratische Verfassung und übergab die Macht schließlich an eine zivile Regierung. Am 12. März 1971 putschte das Militär zum zweiten Mal, und zwar gegen den damaligen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel, der daraufhin zurücktrat. Laut der geschlossen agierenden Armeeführung sei dies aufgrund von anarchischen Zuständen im Land notwendig geworden. Zuvor hatte es eine Serie von Anschlägen und Unruhen durch Linksextremist:innen gegeben, welche auch auf die Formierung eines Einparteienstaates in der Türkei abzielten. In den Jahren nach dem Putsch wurde die Macht von zivilen, aber durch das Militär kontrollierten Übergangsregierungen übernommen. 1975 kam Demirel erneut an die Macht. Am 12. September 1980 wurde abermals gegen ihn geputscht, dieses Mal aufgrund von gewaltsamen Unruhen und Aktivitäten durch rechte und linke Gruppierungen im Land. Das Militär übernahm die Macht und verhängte das Kriegsrecht, dessen Folgen politische Inhaftierungen, Partei- und Gewerkschaftsverbote, Folter und zahlreiche Todesurteile waren. 1982 wurde eine neue

Verfassung beschlossen, die in ihren Grundzügen noch heute Gültigkeit besitzt. Von 1983 bis 1989 wurde die Regierungsmacht langsam wieder an Zivilist:innen übergeben, jedoch sicherte sich das Militär dauerhaft mehr politischen Einfluss.

Nachdem die AKP 2002 an die Macht gekommen war, schränkte die AKP-Regierung unter Erdoğan den Einfluss des Militärs durch Reformen ein. Dies geschah einerseits in Vorbereitung auf den EU-Beitrittsprozess, andererseits auch im Eigeninteresse der türkischen Regierung. Da ihr die Streitkräfte der laizistischen Verfassung widersprechende Islamisierungsbestrebungen vorwarfen, sah Erdoğan im Militär eine potenzielle Gefahr. Im Zuge der Reformen besetzte er Schlüsselrollen mit regierungsnahen Personen, sodass der hohe Grad an politischer Autonomie des Militärs eingeschränkt wurde. 2007 wurden bei Razzien durch die Staatsanwaltschaft in Häusern mutmaßlicher Mitglieder des Geheimnetzwerkes „Ergenekon“ in Istanbul Handgranaten und Sprengstoff entdeckt. Ziel des Netzwerkes soll ein Militärputsch gegen die AKP-Regierung gewesen sein. Infolge der Aufdeckung wurden zahlreiche hochrangige Mitglieder des Militärs verhaftet und höhere Offizier:innen verurteilt. Ab 2011 wurden die Kontrollbefugnisse des Rechnungshofes und des Parlamentes über die finanziellen Mittel des Militärs gestärkt und eigenmächtige, militärisch initiierte Sicherheitsermittlungen unmöglich gemacht. Die Einschränkung der Macht des Militärs wurde in der Bevölkerung und der Politik der Türkei zum Teil sehr begrüßt.

Allerdings zeigt sich gegenwärtig, dass mit diesem Prozess keineswegs eine Stärkung der demokratischen Institutionen einhergeht. Vielmehr zeugen die Unklarheiten des Putschversuches in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 von politischen Machtkämpfen, die zwischen verschiedenen politischen Lagern und dem Militär ausgefochten werden. Vieles deutet darauf hin, dass der Putsch nicht wie die vorherigen durch den Generalstab initiiert wurde, sondern durch einzelne Generäl:innen. Die türkische Regierung macht die Gülen-Bewegung für den gescheiterten Staatsstreich verantwortlich, die das Militär teilweise unterwandert habe und die Macht im Staat übernehmen wolle. Zwar gibt es für die Putschinitiative Gülens keine stichhaltigen Beweise, doch lassen Aussagen von Zeug:innen und andere Indizien eine Teilunterwanderung nicht unplausibel erscheinen. Der Putschversuch scheiterte aufgrund der niedrigen Beteiligung und des Widerstandes in der Bevölkerung sowie durch das Eingreifen der Polizei. In der Folge wurden tausende Soldat:innen (und auch zivile Staatsbedienstete, etwa in der Justiz) entlassen oder – unter dem Vorwurf der Gülen-Bewegung nahezu stehen – festgenommen. Zudem wurden die Kompetenzen des Generalstabs beschnitten und der politische Einfluss der Streitkräfte auch anderweitig weiter minimiert.

Zudem verfolgt die AKP unter Präsident Erdoğan den außenpolitischen Ansatz der strategischen Autonomie der im Wesentlichen auf einer Stärkung der eigenen Rüstungsindustrie und dem Einsatz der Streitkräfte zur Sicherung des türkischen – unabhängig von Akteuren wie EU und NATO oder USA – Einflusses in der Region. Die Regierung sieht die Armee als nützliches Werkzeug für die Außenpolitik, nicht aber für innenpolitische Krisen. Nach Erdoğan's Wiederwahl im Jahr 2023 legte er eine Vision für geopolitischen Einfluss durch zentralisierte militärische Macht dar. Dazu gehören Projekte zur Landesverteidigung, die vom Präsidialamt geplant, finanziert und überwacht werden – wie Kampfflugzeuge der fünften Generation, Drohnentechnologien, die Entwicklung von Schiffen und Panzern sowie Luftverteidigungssysteme.

Laut jüngsten Ergebnissen des World Values Survey (Erhebungszeitraum 2017-2022) vertraut die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung dem Militär. So gaben 46,6 % an, sie hätten sehr großes Vertrauen, und 38,5 %, sie hätten großes Vertrauen in die Streitkräfte.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|------|------|------|------|------|
| Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit | 2,0 | 2,1 | 1,6 | 1,4 | 1,6 |

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

<https://legacydata.imf.org/regular.aspx?key=61037799>

Kommentar

Die türkische Polizei ist dem Innenministerium unterstellt und weist eine sehr zentralisierte Struktur auf. Die Führung liegt bei der Generaldirektion für Sicherheit, die dem Innenministerium rechenschaftspflichtig ist. Unterhalb der Generaldirektion sind die 80 Provinzen organisiert, in denen jeweils eine Polizeidirektion für die Ausrichtung der Polizeiarbeit und grundlegende Entscheidungen verantwortlich ist. Durch die polizeiliche Rechenschaftspflicht gegenüber dem Innenministerium untersteht die Polizei der Kontrolle der jeweiligen Regierungspartei. Nach Regierungswechseln ist es deshalb üblich, das Personal auf den Führungspositionen auszuwechseln. Die Politik und die Polizeiarbeit sind eng miteinander verknüpft. Bei regierungskritischen Demonstrationen ist die Polizei in den letzten Jahren vermehrt gewaltsam gegen Demonstrierende vorgegangen. Als Gegengewicht zum Militär ist die türkische Polizei vergleichsweise schwach. Verschiedene Regierungen hatten mehrfach den Versuch unternommen, die Polizei und damit auch die eigene Macht gegenüber dem Militär zu stärken. Doch erst der Regierung Erdoğan gelang dies teilweise. So wurde in Folge des versuchten Putsches 2016 der Gülen-Bewegung vorgeworfen, eine Unterwanderung der Polizei eingeleitet zu haben. Dies hatte eine Entlassungswelle bei der Polizei zur Folge, bei der im April 2017 9.000 türkische Polizist:innen suspendiert wurden. Die Unterwanderung von Polizei und Justiz durch die Gülen-Bewegung wird allerdings auch durch westliche Sicherheitsstellen vermutet. Denn bis 2013 kooperierten Erdoğan und Gülen, der bis dahin für die Polizeireform zuständig war und dessen Anhänger:innen vermehrt dort arbeiteten. Die religiöse Lehre und die Ideen des islamischen Predigers Fethullah Gülen wirken über ein breites Netzwerk aus Vereinen und Privatschulen sowohl innerhalb der Gesellschaft der Türkei, als auch außerhalb des Landes. Sein Einfluss, u. a. in Polizei und Sicherheitsapparat des Landes, begleitete den Aufstieg der AKP in der Türkei über einige Jahre, ab 2010 kam es jedoch zu abweichenden Interessen im Verhältnis der beiden Seiten und schließlich zum Machtkampf, der 2013 im offenen Konflikt resultierte.

Ergebnissen des World Values Survey aus dem Jahr 2018 zufolge vertraut eine große Mehrheit der türkischen Befragten der Polizei (insgesamt 83,6 %). Dem hingegen gaben nur insgesamt 15,6 % der Befragten an, wenig bis gar kein Vertrauen in die Polizei zu besitzen.

Diversität in den Sicherheitskräften

Die Diversität in den türkischen Sicherheitskräften entwickelt sich bislang nur in begrenztem Umfang. Nach Angaben des NATO Committee on Gender Perspectives (2023–2024) lag der Frauenanteil in den türkischen Streitkräften sowohl 2023 als auch 2024 bei 0,5 %; davon dienten 50,3 % im Heer, 25,0 % in der Luftwaffe und 24,8 % in der Marine. Frauen sind zugleich in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert: Daten aus dem Jahr 2021 zeigen, dass Frauen in höheren Offiziersrängen mit unter 0,1 % vertreten sind, während sie in mittleren Offiziersrängen (u. a. Oberst und Leutnant) jeweils nur rund 0,6 % ausmachen. Erst 2024 wurde mit Gökçen Fırat erstmals eine Frau in den Admiralsrang befördert. Auch auf politischer Ebene spiegelt sich diese geringe Repräsentation wider: Bislang wurde keine Frau zur Verteidigungsministerin der Türkei ernannt.

Strukturelle Öffnungsschritte bleiben bislang begrenzt. Zwar orientiert sich die Türkei an dem innerhalb der NATO formulierten Ziel, den Frauenanteil in den Streitkräften auf mindestens 4 % zu erhöhen, liegt jedoch weiterhin deutlich darunter. Daten aus dem Jahr 2021 verweisen darauf, dass der Anteil weiblichen Personals insgesamt bei etwa 1 % lag und damit klar unter diesem Zielwert blieb. Zudem bestehen weiterhin formale Zugangsbeschränkungen: Frauen sind vom Dienst in zentralen Bereichen wie Infanterie, Panzertruppe, Munitionswesen, Pionierwesen, Transport, U-Boot-Dienst und Kampfmittelbeseitigung ausgeschlossen. Punktuelle Reformen zeigen sich lediglich vereinzelt, etwa durch die Aufhebung von Beschränkungen für weibliche Unteroffiziere in der Marine im Jahr 2024.

Im Vergleich dazu ist die Datenlage für Polizei und Gendarmerie deutlich lückenhafter. Das türkische Innenministerium veröffentlichte zuletzt 2022 Angaben, wonach die Zahl weiblicher Offizierinnen und Unteroffizierinnen in der Gendarmerie zwischen 2016 und 2022 von 709 auf 2.229 anstieg, ohne jedoch aktuelle Gesamtzahlen zur Geschlechterverteilung bereitzustellen. Daten aus dem Jahr 2021 zeigen zudem, dass Frauen innerhalb der Sicherheitsorgane insbesondere unter Unteroffizieren vergleichsweise stärker vertreten sind (5,3 %). Aktuellere Daten des United Nations Office on Drugs and Crime (2023) verorten den Frauenanteil in der Polizei bei rund 7 %, was im Vergleich zu den Streitkräften auf eine etwas höhere, insgesamt jedoch weiterhin begrenzte Repräsentation hinweist. Die Gendarmerie weist dabei den höchsten Frauenanteil innerhalb der Sicherheitsorgane auf, was auch mit ihrer Einbindung in Aufgabenbereiche wie den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt in Verbindung gebracht wird. Hinzu kommt, dass Frauen in der Türkei keiner Wehrpflicht unterliegen; der verpflichtende Militärdienst gilt weiterhin ausschließlich für männliche Staatsbürger.

Im Hinblick auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bestehen im türkischen Militär spezifische Einschränkungen. Nach Angaben des UK Home Office (2023) führt die sexuelle Orientierung allein nicht automatisch zur Befreiung vom Militärdienst; eine Ausmusterung kann jedoch erfolgen, wenn eine militärische Kommission zu dem Schluss kommt, dass deren Ausdruck zu „unerwünschten“ Situationen führen oder die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte beeinträchtigen würde. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass betroffene Personen während des Dienstes Diskriminierung ausgesetzt sein können.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [bicc-Datenbank](#)

| Kriterium | Bewertung |
|--|-------------------------|
| 1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen | Nicht kritisch |
| 2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | Kritisch |
| 3. Innere Lage im Empfängerland | Kritisch |
| 4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | Kritisch |
| 5. Bedrohung von Alliierten | Möglicherweise kritisch |
| 6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | Möglicherweise kritisch |
| 7. Unerlaubte Wiederausfuhr | Möglicherweise kritisch |
| 8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes | Nicht kritisch |

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|--|---------------------------------|----------------|
| Genfer Protokoll zum Einsatzverbot chemischer und biologischer Waffen, 1928 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Partieller atomarer Teststopp Vertrag, 1963 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Äußerer Weltraumvertrag, 1967 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, 1970 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden, 1972 | Beigetreten (mit Einschränkung) | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Biologie- und Toxinwaffen, 1975 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|---|----------------------------------|---|
| Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken, 1978 | Unterzeichnet, nicht ratifiziert | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen, 1983 | Beigetreten (mit Einschränkung) | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und des Einsatzes chemischer Waffen, 1997 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Anti-Personenminen-Konvention, 1999 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention über Streumunition, 2010 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Der Internationale Waffenhandelsvertrag (ATT), 2014 | Unterzeichnet, nicht ratifiziert | SIPRI Jahrbuch |
| Atomwaffenverbotsvertrag (AVV), 2021 | Nicht beigetreten | https://treaties.un.org |

Kommentar

Die Türkei ist fast allen zentralen Abrüstungsverträgen beigetreten, jedoch nicht dem Übereinkommen über Streumunition von 2010. Im April 2021 erklärte die Türkei zudem, dass es seit 2005 keine Streubomben mehr nutze oder herstelle. Mit dem Nichtbeitritt behält das Land sich das Recht dazu aber weiterhin für den Kriegsfall vor und hat dieses Rüstungsgut zumindest im Jahr 2007 aus der Slowakei importiert sowie 2006/2007 an die Vereinigten Arabischen Emirate geliefert. Seither lieferte die Türkei aller Wahrscheinlichkeit nach außerdem Streumunition (155mm M483A1) an die Ukraine und setzte sie selber womöglich (nicht verifiziert) selbst im Kampf gegen die PKK im Südosten des Landes ein. 2010 wurden zudem Vorwürfe laut, dass die Türkei in diesem Konflikt auch Chemiewaffen eingesetzt habe. Ein rechtsmedizinisches Gutachten des Hamburger Universitätsklinikums bestätigte auf Grundlage von Fotos, dass acht darauf abgebildete Personen höchstwahrscheinlich durch chemische Substanzen getötet wurden.

Zwar ist die Türkei dem Ottawa-Vertrag von 1999 beigetreten, jedoch hat das Land seinen Zeitplan zur Räumung seines Gebietes von Anti-Personenminen und zur Vernichtung seiner Minenbestände nicht eingehalten. Dem Landmine Monitor 2024 zufolge soll das Land noch 5.719 Antipersonenminen besitzen und mehr als 100 Quadratkilometer sind weiterhin kontaminiert, besonders in den Grenzregionen zu Armenien, Iran, Irak und Syrien.

Es liegen keine Sanktionen bzw. Waffenembargos seitens der EU oder der UN gegen die Türkei vor. Der Nationalrat Österreichs stimmte Ende 2016 für ein Waffenembargo gegen die Türkei, was sich auf die Genehmigungspolitik der Regierung jedoch nur empfehlend auswirkte. Trotzdem führte es dazu, dass ein Vertrag zwischen Tümosan und dem österreichischen Unternehmen AVL zur Produktion von Triebwerken für den türkischen Kampfpanzer Altay durch das türkische Unternehmen in Reaktion auf den Beschluss des Nationalrates aufgekündigt wurde. Unter anderem deswegen legte die Türkei 2017 ihr Veto bezüglich Partnerprogrammen der NATO mit Österreich ein.

Deutschland hat nach dem Einmarsch türkischer Truppen in Syrien Oktober 2019 zwar einen partiellen Rüstungsexportstopp gegen die Türkei erlassen, jedoch gilt dieser nur für Rüstungsgüter, die im Krieg in Syrien eingesetzt werden können, weswegen bspw. Rüstungsgüter für den maritimen Bereich weiter geliefert werden.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|-----------------------------------|---|
| Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969 | Beigetreten (mit Einschränkungen) | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976 | Beigetreten (mit Einschränkungen) | http://treaties.un.org |
| Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981 | Beigetreten (mit Einschränkungen) | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zur CEDAW-Konvention, 2000 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987 | Beigetreten (mit Einschränkungen) | http://treaties.un.org |
| Konvention über die Rechte des Kindes, 1990 | Beigetreten (mit Einschränkungen) | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zur Konvention über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002 | Beigetreten (unter Vorbehalt) | http://treaties.un.org |

Box 5

Auszug aus dem Jahresbericht von Human Rights Watch 2026

The government of President Recep Tayyip Erdoğan consolidated its authoritarian trajectory with an unprecedented onslaught on the main political opposition Republican People's Party (CHP) that threatened freedom of political association and free and fair elections. A year after the party made gains over Erdoğan's Justice and Development Party in local elections, on March 19, the authorities detained Istanbul mayor and Erdoğan rival Ekrem İmamoğlu. Concurrently, the Erdoğan government pursued an end to the four-decade conflict with the armed Kurdistan Workers' Party (PKK), in negotiation with its jailed leader, Abdullah Öcalan. On May 12, the PKK declared its decision to disband and disarm.

The government exercises control over domestic courts and persists in non-compliance with binding judgements of the European Court of Human Rights (ECtHR), leading to serious human rights violations. An annual inflation rate officially recorded as 31 percent at time of writing left low- and middle-income people's rights to food and housing vulnerable to increasing food and rental prices.

Quelle: Human Rights Watch World Report 2026
[World Report 2026: Türkiye | Human Rights Watch](#)

Box 6**Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International 2026**

Baseless investigations, prosecutions and convictions of human rights defenders, journalists, opposition politicians and others intensified. Executive interference with the judiciary deepened further. Binding European Court of Human Rights judgments remained unimplemented in several emblematic cases. The rights to freedom of peaceful assembly and association were arbitrarily restricted. Law enforcement officials used less lethal weapons against peaceful protesters, causing numerous injuries. The country continued to host large numbers of refugees and migrants; some remained at risk of unlawful return. Victims of human rights violations, including alleged torture and other ill-treatment by state officials, continued to face a culture of impunity. Türkiye's overall climate policies were assessed as "highly insufficient".

Quelle: Amnesty International Report April 2026

[The State of the World's Human Rights: April 2026 - Amnesty International](#)

Box 7**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2026**

Bewertung für die Türkei auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 16/60

Politische Rechte: 16/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (32/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2026**

President Recep Tayyip Erdoğan, whose Justice and Development Party (AKP) has ruled Turkey since 2002, has become increasingly authoritarian over the past decade, consolidating power through constitutional changes and the imprisonment of political opponents, independent journalists, and members of civil society. The AKP has responded to recent economic challenges and municipal election defeats by intensifying its efforts to suppress dissent and jail opposition politicians.

Quelle: [Turkey: Freedom in the World 2026 Country Report | Freedom House](#)

Kommentar

Obwohl die Türkei allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, werden diese in vielen Fällen nicht eingehalten. Zudem hat die Türkei die Abkommen meist vor der Unterzeichnung eingeschränkt. So merkte sie zum Beispiel zum Internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung an, dies nur bezüglich Staaten umzusetzen, zu denen sie diplomatische Beziehungen pflege. Innerhalb der Türkei soll das

Abkommen nur in Gebieten angewandt werden, in denen die türkische Verfassung gilt, also nicht in den Rückzugsgebieten der PKK.

Die Menschenrechtslage der Türkei hat sich in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert, insbesondere mit Blick auf die politischen Bürgerrechte. Hauptopfer waren nicht nur Kurd:innen, sondern auch Gülenist:innen und liberale Reformer. Schon im Jahr 2010 stellte „Reporter ohne Grenzen“ fest, dass eine hohe Anzahl an Journalist:innen in der Türkei inhaftiert war. Bei den Gezi-Park-Protesten im Jahr 2013 beantwortete der Staat friedliche Demonstrationen mit übermäßiger Gewalt. Bei den folgenden, wochenlangen Demonstrationen im gesamten Land gab es tausende Verletzte und acht Menschen starben. 2014 erweiterte eine Reform die Befugnisse des türkischen Geheimdienstes (MIT). Kritische Meinungsäußerungen durch Journalist:innen und politisch aktive Bürger:innen wurden im Zuge dieser Entwicklungen zunehmend strafrechtlich verfolgt.

Die bürgerlichen Rechte wurden durch ein sehr weit gefasstes Anti-Terror-Gesetz eingeschränkt, das primär als Grundlage für Inhaftierungen und Einschränkungen von politischen Rechten dient. Es wurde wiederholt von Folter und Vertreibungen von Kurd:innen berichtet. Als politische Partei etablierte sich seit 2012 die pro-kurdische Oppositionspartei HDP (Halkların Demokratik Partisi, deutsch: Demokratische Partei der Völker). Sie vermittelte im Friedensprozess zwischen der PKK und der türkischen Regierung, wurde jedoch nach der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK durch die Regierung zunehmend kriminalisiert und als politischer Arm der PKK dargestellt. Auf Grundlage des Anti-Terrorismusgesetzes wurde im Mai 2016 die Immunität von 50 der 59 HDP-Abgeordneten im Parlament aufgehoben. Die Co-Vorsitzenden der HDP sitzen gegenwärtig in Haft, weil ihnen die Führung einer terroristischen Vereinigung sowie Propaganda für die PKK vorgeworfen wird.

Nach dem Putschversuch vom 15./16. Juli 2016 wurde der Ausnahmezustand verhängt, seither mehrfach verlängert und erst im Juli 2018 aufgehoben. Dieser erlaubte es dem Staatspräsidenten über einen Zeitraum von zwei Jahren ohne Zustimmung des Parlamentes Dekrete zu erlassen. Außerdem wurde es als Rechtfertigung genutzt, Grundrechte wie die Versammlungs-, Presse- und Bewegungsfreiheit zusätzlich einzuschränken. Zahlreiche Journalist:innen wurden verhaftet, rund 200 Medienorgane geschlossen und Presseausweise annulliert. Vielfach wird den Inhaftierten auf unbestimmte Zeit kein rechtliches Verfahren gewährt, sodass sie ohne Anklage in Haft verweilen. Human Rights Watch geht davon aus, dass circa 8.500 Menschen Ende 2019 wegen des Verdachts auf Verbindungen zur PKK inhaftiert waren – darunter gewählte Politiker:innen und Journalist:innen. Berichte von Folter, Misshandlung und brutaler Behandlung in militärischem und polizeilichem Gewahrsam mehren sich seither. So wurden beispielsweise am 26. Mai 2019 mehrere ehemalige Diplomaten gefoltert, während sie sich in Haft befanden. Der Vorfall wurde der Öffentlichkeit zuerst vom HDP-Abgeordneten und Menschenrechtsaktivist Ömer Faruk Gergerlioğlu mitgeteilt.

Zusätzlich zu diesen Menschenrechtsverletzungen hat das Verschwindenlassen in der Türkei wieder zugenommen. Mehr als zwei Dutzend Menschen wurden in den letzten fünf Jahren von Regierungsvertretern entführt und verschwanden gewaltsam für viele Monate. Human Rights Watch hat 16 solcher Fälle zwischen 2017 und 2020 untersucht. Seit dem erfolgreichen Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems am 16. April 2017 betonte Erdoğan wiederholt auch seine Bestrebungen, die Todesstrafe, ggf. qua Referendum, wieder einzuführen. Zuletzt brachte er diese im Jahr 2022 im Zuge der Waldbrände und aufgrund mutmaßlicher Brandstiftung ins Spiel. Von den vermehrten Verhaftungen und unklaren Haftbedingungen in der Türkei sind auch ausländische, einschließlich deutscher, Staatsbürger:innen betroffen, wobei teilweise der völkerrechtlich festgelegte konsularische Zugang nicht

oder mit erheblicher Verzögerung gewährt wird. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie wurden hunderte Menschen wegen „Panikmache“ in Posts auf Social Media inhaftiert; Human Rights Watch betont, dass einige der Posts regierungskritisch waren. Nach der Wiederwahl Erdoğan hält er an seinem autoritären Regierungsstil fest, unabhängige Presse einzuschränken, Oppositionelle zu verfolgen und Kritiker:innen mittels Gerichtsverfahren zum Schweigen zu bringen.

Geschlechtsspezifische Gewalt

Geschlechtsspezifische Gewalt (GBV) stellt in der Türkei weiterhin ein zentrales gesellschaftliches und sicherheitspolitisches Problem dar. Nach Angaben der Weltbank erleben rund 40 % der Frauen im Laufe ihres Lebens körperliche und/oder sexuelle Gewalt. Ähnliche Werte bestätigen Daten des UNFPA, wonach 38 % der Frauen von partnerschaftlicher Gewalt betroffen sind, während 11 % diese innerhalb der letzten zwölf Monate erlebten. Gleichzeitig bleibt die Datenlage insgesamt lückenhaft, was eine genaue Einschätzung des tatsächlichen Ausmaßes erschwert. Frauenrechtsorganisationen wie *We Will Stop Femicides* berichten zudem über hohe Zahlen tödlicher Gewalt: So wurden im Jahr 2024, 394 Frauen getötet, während 259 weitere unter ungeklärten Umständen starben. Für 2025 berichtet das *Stockholm Center for Freedom* von 420 getöteten Frauen und 508 weiteren verdächtigen Todesfällen.

Der rechtliche und institutionelle Rahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt weist strukturelle Defizite auf. Mit dem Austritt aus der Istanbul-Konvention im März 2021 verlor die Türkei ein zentrales internationales Instrument, das Staaten zur strafrechtlichen Verfolgung von Gewalt gegen Frauen sowie zur Umsetzung umfassender Schutz- und Präventionsmaßnahmen verpflichtet. Dadurch entstand eine Lücke insbesondere in den Bereichen Prävention, Schutz, Strafverfolgung und institutionelle Koordination. Zwar verabschiedete die Regierung den IV. Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen (2021–2025) sowie eine parlamentarische Untersuchungskommission im Jahr 2022, jedoch zeigen Berichte, dass konkrete strukturelle Maßnahmen, Monitoringmechanismen sowie die Einbindung von Frauenorganisationen weitgehend fehlen.

Auch die Umsetzung bestehender Regelungen bleibt uneinheitlich. Der rechtliche Rahmen weist eine Diskrepanz zwischen formaler Ausgestaltung und praktischer Durchsetzung auf: Während die Türkei im Bereich rechtlicher Gleichstellung im internationalen Vergleich vergleichsweise hohe Werte erreicht, bleibt die tatsächliche Umsetzung hinter regionalen Standards zurück. Abtreibung ist in der Türkei seit 1983 bis zur 10. Schwangerschaftswoche legal und danach unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, etwa bei Gesundheitsgefahr oder nach Vergewaltigung. Gleichzeitig ist der Zugang an formale Bedingungen geknüpft: Verheiratete Frauen benötigen die Zustimmung ihres Ehemannes, Minderjährige die Zustimmung der Eltern.

Über GBV hinaus bestehen auch Einschränkungen im Bereich sexueller und geschlechtlicher Identität. Die Regierung nutzte die Ausrufung des Jahres 2025 als „Jahr der Familie“ um Maßnahmen zu rechtfertigen, die Frauenrechte sowie die Rechte von LGBTQ-Personen einzuschränken. Behörden untersagten u.a. die Verwendung von Begriffen wie „Geschlecht“ oder „sexuelle Orientierung“ in offiziellen Kontexten, während Pride-Veranstaltungen landesweit wiederholt verboten wurden. Zudem wurden gesetzgeberische Maßnahmen diskutiert, die Verhalten „entgegen biologischer Geschlechterrollen“ kriminalisieren können. Im Equality Index erreicht die Türkei lediglich 32 von 100 Punkten und belegt Rang 112 von 197 Staaten.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

Between February 1, 2023, and January 31, 2025, Türkiye held pivotal elections, witnessed a further consolidation of authoritarian rule, and saw a realignment of regional alliances that together shaped its democratic and economic trajectory. While elections remained formally competitive, the ruling government continued to manipulate state institutions, restrict media freedom and exert legal pressure on opposition figures, creating a distinctly uneven playing field.

The 2023 general elections were the most competitive of Erdoğan's rule, marking his first serious risk of losing power amid economic turmoil and governance failures. Economic mismanagement, soaring inflation and the February 2023 earthquake weakened his standing, giving the opposition its strongest position in years. Six opposition parties formed an unprecedented alliance and backed a joint candidate, Kemal Kılıçdaroğlu. However, strategic missteps – including the decision to nominate a weaker candidate over more popular figures – combined with the government's use of state resources, judicial pressure and election-driven spending, secured Erdoğan's re-election with 52% in the run-off. The AKP-MHP bloc also retained its parliamentary majority, marking a missed opportunity for democratic renewal.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/TUR>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2025)

Im Jahresbericht 2025 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erreichte die Türkei 31 von 100 möglichen Punkten (2024: 34 Punkte). Damit erreichte es genauso viele Punkte wie die Mongolei, Niger oder Usbekistan. Deutschland erreichte 77 Punkte.

Quelle: [Corruption Perceptions Index 2025 - Transparency.org](https://www.transparency.org/en/cpi)

Spannungen und innere Konflikte

Der gewaltsamste Konflikt in der Türkei ist der Konflikt mit Kurd:innen, der seit über 35 Jahren besteht und über 40.000 Todesopfer forderte. Im Zuge einer strengen Assimilierungspolitik des Staates wurde das kurdische Volk in der Türkei seit dem Ende des Osmanischen Reiches nie als solches anerkannt; Sprache und Kultur waren Restriktionen unterworfen, zudem kam es zu teils gewaltvollen Umsiedlungen, um eine kurdische Dominanz im Südosten des Landes zu verhindern. Hinweise deuten darauf hin, dass auch deutsche Rüstungsgüter in diesem Konflikt eingesetzt wurden. So existieren Berichte und Bildmaterial über den Einsatz von in den 1990er-Jahren gelieferten BTR-60-Schützenpanzern in der kurdisch geprägten Provinz Sirnak, obwohl deren Nutzung in innertürkischen Konflikten vertraglich ausgeschlossen war. Auch eine Verwendung von Scharfschützengewehre der Typen SSG508, SSG04 und HK G28 gegen Kurd:innen kann die Bundesregierung nicht ausschließen, da diese ohne Auflagen bezüglich des Einsatzes innerhalb der Türkei aus Deutschland exportiert wurden.

Die PKK gründete sich 1978 und nahm den bewaffneten Kampf gegen den türkischen Staat auf. Während sie zunächst das Ziel eines kurdischen Staates verfolgte, rief der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan 1999 im Anschluss an seine Inhaftierung zu einer ideologischen und strategischen Wende auf. Seither strebt die PKK nach kurdischen (Autonomie-)Rechten

statt nach einem eigenen Nationalstaat. 2009 bis 2011 wurde unter Recep Tayyip Erdoğan zunächst eine „kurdische Öffnung“ begonnen. Ein offizieller Friedensprozess wurde 2013 eingeleitet, stockte jedoch trotz zahlreicher Verhandlungsrunden. Gründe hierfür waren zum einen das erhebliche Misstrauen zwischen Regierung und Akteuren der kurdischen Bewegung und der Vorwurf an die jeweils andere Seite, nicht ausreichend Kompromisse einzugehen. Zum anderen bewirkten die parallel stattfindenden Entwicklungen im Syrienkrieg seit 2011, wo die PKK-Schwesterpartei PYD seither Autonomiestrukturen festigte sowie das Machtstreben des türkischen Präsidenten Erdoğan im Zuge der Wahlen von 2015 das Ende der Verhandlungen. Im Sommer 2015 eskalierte der Konflikt nach den Wahlen erneut. Die Monate danach waren geprägt von Terroranschlägen wie dem Anschlag von Suruç am 20. Juli 2015, als ein Selbstmordattentat eine kurdische Versammlung traf und 34 Menschen tötete. Im Oktober desselben Jahres wurden bei einem weiteren Bombenanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara mindestens 95 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt. Für den Anschlag, zu dem sich der IS bekannt hatte, wies die PKK der türkischen Regierung eine Mitschuld zu und attackierte daraufhin türkische Sicherheitskräfte. Im Anschluss eskalierte die Gewalt, wobei sich die Kämpfe bis heute auch auf syrisches und irakisches Territorium ausdehnen. Während es beizeiten zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK im Osten und Südosten des Landes kommt, liegt der Fokus der türkischen Regierung auf der kurdischen Region im Irak, wo das türkische Militär regelmäßig grenzüberschreitende Operationen und Luftschläge durchführt, bei denen immer wieder Zivilist:innen verletzt oder getötet werden. Human Rights Watch berichtet, dass der türkische Luftangriff die Verluste in der Zivilbevölkerung nicht berücksichtigt. Im Jahr 2015 erklärte die PKK nach einem Aufruf des inhaftierten Öcalan's einen einseitigen Waffenstillstand und beschloss die Niederlegung der Waffen. Dieser Schritt markiert einen möglichen Beginn eines neuen Friedensprozesses.

Am 16. April 2017 stimmte die Bevölkerung dem offiziellen Wahlergebnis zufolge mit einer knappen Mehrheit in einem Verfassungsreferendum für die Einführung eines Präsidialsystems, das das Präsidialamt mit sehr umfangreichen Rechten ausstattet. Diese Machtkonzentration treibt die Spaltung der türkischen Gesellschaft voran. Sie vertieft die Gräben zwischen Anhänger:innen der islamisch-konservativ geprägten AKP und allen anderen politischen und gesellschaftlichen Oppositionsgruppen. Zusätzlich wird die Situation durch die Inhaftierung des bedeutendsten Oppositionspolitikers und Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem Imamoglu, weiter verschärft. Diese wird von nationalen und internationalen Beobachter:innen als politisch motiviert bewertet.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

3% des Staatsgebiets der Türkei werden geographisch zu Europa gezählt, der Rest zu Asien. Die Türkei verbindet die Regionen Südosteuropa, den Kaukasus und den Nahen Osten. Aufgrund dieser Lage wird die Türkei immer wieder als Energiekorridor für Europa gehandelt, allgemein fungiert sie politisch und in der Handelspolitik als Verbindungsglied zwischen Europa und dem Nahen Osten.

Auf dem Land grenzt die Türkei an Armenien, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Irak, Iran und Syrien. Im Schwarzen Meer kommen Seegrenzen zu Rumänien, Russland und der Ukraine hinzu.

Politische Situation in der Region

Die politische Situation in der Region ist erheblich angespannt. In **Syrien** war der seit 2011 andauernde Bürgerkrieg lange Zeit von einer Vielzahl bewaffneter staatlicher und nichtstaatlicher Akteure geprägt. Neben oppositionellen Gruppen, darunter auch radikal-islamistische Organisationen sowie Ableger von Al-Qaida und dem IS, waren kurdische Kräfte der YPG, die libanesische Hisbollah sowie schiitische Milizen aus dem Irak unter iranischem Einfluss aktiv. Der Konflikt wurde maßgeblich durch externe Akteure beeinflusst und galt über Jahre als Stellvertreterkrieg: Während das Assad-Regime insbesondere von Russland und Iran unterstützt wurde, erhielten verschiedene Rebellengruppen Unterstützung unter anderem von den USA, europäischen Staaten und den Golfstaaten. Im Dezember 2024 stürzte ein Zusammenschluss von Rebell:innengruppen, angeführt von der Gruppe Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), das Assads Regime.

Die Türkei spielte zunächst eine unterstützende Rolle für oppositionelle Kräfte und griff ab 2016 auch militärisch in den Konflikt ein. Offiziell richteten sich die türkischen Operationen gegen den IS und kurdische Milizen, dienten jedoch zugleich der Eindämmung kurdischer Autonomiestrukturen in Nordsyrien; Medienberichten zufolge kamen dabei auch deutsche Leopard-Panzer zum Einsatz. Die im Zuge des Syrienkrieges durch die kurdische Partei PYD ausgerufenen Autonomiegebiete im Norden Syriens, erkennt die Türkei nicht an und stuft die PYD als Terrororganisation ein. Dabei geht die Türkei militärisch gegen die bewaffneten Akteure der PYD – die YPG – vor. Die YPG ist Teil des von den USA unterstützten Milizenverbundes Syrian Democratic Forces (SDF), wodurch diese Kräfte vom NATO-Partner Türkei bekämpft werden. Infolge des Sturzes des Assad-Regimes einigten sich die SDF im März 2025 mit der syrischen Übergangsregierung auf einen Plan zur Integration ihrer Kräfte in staatliche Institutionen und Streitkräfte.

Vor diesem Hintergrund führte die Türkei neben der Operation Euphrat Shield (2018) die großangelegte Militäroperation „Olivenzweig“ in Afrin durch. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages urteilte zur Operation Olivenzweig, dass selbst bei großzügiger Auslegung des Selbstverteidigungsrechts eine akute Selbstverteidigungslage im Sinne des Art. 51 der UN-Charta zugunsten der Türkei nicht zu erkennen sei. Seitdem führte die Türkei weitere militärische Operationen im Nordosten Syriens durch, darunter „Peace Spring“ (2019) zur Etablierung einer Sicherheitszone, „Spring Shield“ (2020) im Kontext der Astana Gespräche, die auf ein Waffenstillstandsabkommen in der zweiten nordsyrischen Pufferzone abzielten, sowie „Winter Eagle“ (2022) gegen Stellungen der PKK, PYD und YPG. Nach einem Anschlag auf ein Rüstungsunternehmen in Ankara im Oktober 2024 machte die türkische Regierung die PKK verantwortlich und flog Luftangriffe gegen mutmaßliche PKK-Stellungen. Nach Angaben des türkischen Verteidigungsministeriums wurden dabei 59 „Extremisten“ getötet, während kurdische Vertreter:innen von zwölf Toten sprachen.

Auch Deutschland ist am Kampf gegen den IS beteiligt und dadurch noch indirekt in den syrischen Gewaltkonflikt involviert. Deutschland stellt Tornado-Aufklärungsflugzeuge und Tankflugzeuge für Luft-Luft-Betankungen von Kampfflugzeugen der Operation Inherent Resolve im Irak bereit (siehe im Folgenden) und ist mit Personal in Stäben und Hauptquartieren sowie an Bord von AWACS-Luftüberwachungsflugzeugen der NATO am Kampf gegen den IS beteiligt. Dem Krieg in Syrien sind Schätzungen zufolge bislang rund 500.000 Menschen zum Opfer gefallen. Allein in der Türkei befinden sich fast vier Millionen syrische Geflüchtete, mehr als in jedem anderen Land. Rund sieben Millionen Menschen sind zudem innerhalb Syriens vertrieben.

Auch der **Irak** ist stark vom Konflikt im Nachbarstaat Syrien betroffen. Im Jahr 2014 nahm der IS weite Teile des Nord- und Westiraks ein, die er bis 2019 kontrollierte. Neben rund 4,4 Millionen Binnenvertriebenen im Irak hat insbesondere die Autonomieregion Kurdistan im Irak Geflüchtete aus Syrien aufgenommen. Der Irak ist infolge des langjährigen Kampfes gegen den IS durch eine stark fragmentierte Milizenlandschaft geprägt, in der teils schiitische (regierungsnahe) Milizen, sunnitische und kurdische Gruppen konkurrieren. Im Nordirak ist die Region Kurdistan als durch die irakische Verfassung anerkanntes Autonomiegebiet etabliert, was aufgrund bedeutender Ölreserven immer wieder zu Interessenskonflikten führt.

Die Türkei gilt als wichtigster Ölabnehmer der Region; 2025 wurden die Ölexporte aus Kurdistan in die Türkei nach längerer Unterbrechung wieder aufgenommen. Am 25. September 2017 stimmte die Bevölkerung der Autonomieregion sowie der sogenannten „umstrittenen Gebiete“ in einem Referendum für die Unabhängigkeit, woraufhin die irakische Zentralregierung am 15. Oktober 2017 eine militärische Offensive startete und große Teile zurückeroberte.

Der **Iran** ist ein zentraler Akteur in der regionalen Sicherheitsdynamik. Während Teheran in Syrien und im Irak vor allem indirekt über verbündete Kräfte Einfluss nimmt, prägt insbesondere der strategische Konflikt mit Israel die regionale Lage. Im Juni 2025 kam es zu direkten militärischen Angriffen zwischen Israel und Iran, einschließlich israelischer Luftangriffe auf iranische militärische und nukleare Einrichtungen sowie iranischer Raketen- und Drohnenangriffe auf Israel; diese Eskalation wurde Ende Juni 2025 durch einen Waffenstillstand vorläufig beendet.

Im Nachbarland **Armenien** sind 2020 in der zwischen Armenien und Aserbaidschan umstrittenen Region Bergkarabach wieder Kampfhandlungen ausgebrochen. Die Türkei unterstützte dabei Aserbaidschan; vornehmlich mit Drohnen aus eigener Produktion, aber auch in Form von türkischen Militärberater:innen sowie syrischen Söldner:innen. Nicht zuletzt wegen dieser Unterstützung unterlag Armenien. Mit einer erneuten Militäroperation durch Aserbaidschan am 19. September 2023 musste Armenien die Kontrolle über die Provinz an Aserbaidschan abtreten. Die Provinz wurde zum 01. Januar 2024 aufgelöst.

Grenzkonflikte

Der Grenzverlauf zwischen der Türkei und **Griechenland** ist nicht abschließend geklärt. Nach einer Phase erhöhter Spannungen, insbesondere durch Luftraumverletzungen („Dog-fights“) ab 2017 und türkische Probebohrungen nach Gas in umstrittenen Seegebieten vor der zyprischen Küste, verschärfte sich der Konflikt 2020 erneut. Ein türkisches Forschungsschiff operierte unter militärischem Schutz in Seegebieten, die von Griechenland und Zypern als Teil ihrer ausschließlichen Wirtschaftszonen beansprucht werden, von der Türkei jedoch als Teil ihres eigenen Festlandsockels betrachtet werden. Die EU reagierte 2019 mit der Schaffung eines Sanktionsrahmens gegen illegale Bohraktivitäten. Seit 2023 bemühen sich beide Staaten verstärkt um diplomatische Deeskalation; ein bilaterales Treffen der Außenminister im November 2024 wurde von beiden Seiten als konstruktiv bewertet.

Gleichwohl traten 2025 erneut Spannungen zutage, als Griechenland und die Türkei unterschiedliche maritime Raumplanungskarten veröffentlichten und damit ihre konkurrierenden Rechtsansprüche auf Seegebiete öffentlich bekräftigten. Die Beziehungen sind damit von einem Spannungsverhältnis zwischen weiterhin ungelösten Grenzfragen geprägt, auch wenn die Zusammenarbeit in Bereichen wie Wirtschaft, Energie, Tourismus und Technologie ausgebaut wird. Zusätzlich ist der Grenzverlauf am Evros/Maritsa rechtlich nicht vollständig

unstrittig: Die Grenze zwischen Griechenland und der Türkei wurde nach dem Vertrag von Lausanne entlang einer historischen Linie im Flussbett festgelegt, doch folgt der heutige Flusslauf nicht immer exakt dieser Linie. An einigen Stellen liegen die tatsächlichen Wasserläufe und die rechtlich festgelegte Grenzlinie auseinander, sodass etwa Inseln oder Flussarme rechtlich nicht eindeutig zugeordnet sind.

Zypern ist de facto geteilt, die Türkei besetzt den Nordteil mit circa 43.000 Soldat:innen und betrachtet diesen als den eigenständigen Staat „Türkische Republik Nordzypern“. Völkerrechtlich wird die „Republik Zypern“ als souveräner ungeteilter Staat Zypern anerkannt. Die im Januar 2017 wiederaufgenommenen Friedensgespräche scheiterten im Juli desselben Jahres.

Zwischen **Armenien** und der Türkei besteht kein Grenzkonflikt, allerdings sind die Beziehungen historisch und politisch schwer belastet. Streitpunkt ist unter anderem die Weigerung der Türkei, den von Armenien erhobenen Vorwurf des Völkermords an den Armenier:innen im Osmanischen Reich in den Jahren 1915 und 1916 anzuerkennen. Die 2009 angestrebte Entwicklung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Staaten ruht de facto. Grund hierfür ist die nachträgliche türkische Konditionalisierung der Ratifizierung der Protokolle an Fortschritte im Konflikt um die Region Bergkarabach.

Die **irakisch-türkische** Grenze ist ebenfalls ein Brennpunkt. Seit der Aufkündigung des Friedensprozesses mit der PKK 2015 (siehe oben) fliegt die türkische Luftwaffe wiederholt Angriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in der Türkei und im Nordirak, wo sich das Hauptlager der PKK in den Qandil-Bergen befindet. Im September 2015 überquerten erstmals seit 2011 auch türkische Bodentruppen die Grenze zum Irak, um gegen die PKK vorzugehen. Die türkische Regierung pflegt gute und bedeutende ökonomische Beziehungen zur kurdischen Regionalregierung (KRG). Diese Tatsache, im Zusammenspiel mit dem gemeinsamen Interesse an einer Schwächung der PKK, führt zu einer Akzeptanz des Autonomiegebietes durch die Türkei. Die KRG widersetzte sich den türkischen Militäroperationen im Nordirak nicht. Seit 2019 führt die Türkei dort in regelmäßigen Abständen militärische Operationen und Luftangriffe gegen PKK-Stellungen durch, die unter verschiedenen Bezeichnungen („Claw“-Operationen) bekannt wurden und sich über mehrere Regionen und Jahre erstrecken. Darüber hinaus fliegt die Türkei auch außerhalb der Operationen Luftangriffe gegen die Gruppierung. Die Unabhängigkeitsbestrebungen der nordirakischen Kurd:innen lehnt die Türkei jedoch strikt ab, wie im Zuge des kurdischen Unabhängigkeitsreferendums von September 2017 erneut deutlich wurde.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Türkei ist als NATO-Land Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. In Folge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch den Austritt Russlands aus dem Vertragsverbund im Jahr 2007 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages in Frage gestellt. Im Rahmen der OSZE unterzeichnete die Türkei das Wiener Dokument, welches zuletzt 2011 aktualisiert wurde. Es sieht vertrauensbildende Maßnahmen bezüglich der Verwirklichung von Abrüstung sowie militärische Transparenz vor. Im Rahmen des Dayton-Friedensabkommens vom 21. November 1995 über den Friedensschluss

zwischen den Kriegsparteien im ehemaligen Jugoslawien wurde ein politisch verbindliches abschließendes Dokument beschlossen, an dem auch die Türkei teilnimmt.

Das ursprüngliche Ziel eines regionalen Rüstungskontrollabkommens scheiterte aber, so dass das Dokument lediglich vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zwischen den Staaten der Balkanregion und deren Nachbarn auf freiwilliger Basis ermöglicht. In den vergangenen Jahrzehnten gab es zahlreiche Versuche, regionale Rüstungskontrollmechanismen im Nahen und Mittleren Osten zu etablieren. Sie sind jedoch immer wieder an den zahlreichen Konflikten in der Region, zuvorderst dem arabisch-israelischen Konflikt, gescheitert. Die Abwesenheit von Frieden in der Region ist für viele Staaten eines der wesentlichen Hindernisse, in Beratungen über regionale Rüstungskontrollen und Verhandlungen über eine Massenvernichtungswaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten einzusteigen. Bis heute konnten sich die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens nicht auf regionale Rüstungskontrollabkommen zur Regulierung von Massenvernichtungswaffen und konventionellen Waffen einigen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die Türkei ist seit 1952 Mitglied der NATO. Infolgedessen sind Streitkräfte aus anderen NATO-Staaten auf türkischem Boden stationiert. So hat die NATO durch die USA, die Niederlande und Deutschland auf Wunsch der Türkei ab 2012 Patriot-Flugabwehrsysteme zur Verfügung gestellt (Operation Active Fence), um den türkischen Luftraum an der Grenze zu Syrien vor möglichen Raketenangriffen zu schützen. Die deutsche Beteiligung lief 2016 aus. Im Juni 2016 ersetzte Italien die deutschen Patriots durch SAMP/T-Flugabwehrraketen. Bereits Anfang 2015 hatte Spanien die Niederlande in der NATO-Operation abgelöst und stellt derzeit weiterhin ein Patriot PAC-2. Die USA zog ihre Patriots ebenfalls 2016 ab. NATO-Flugzeuge sind als Teil der Anti-IS-Operation Inherent Resolve, welche in Syrien und im Irak aktiv ist, am Luftwaffenstützpunkt Incirlik stationiert. In diesem Rahmen hatte Dänemark 110 Soldat:innen und sieben Mehrzweckkampfflugzeuge des Typs F-16AM in der Türkei stationiert. Anfang 2016 stationierte auch die Bundeswehr Tornado-Aufklärungsmaschinen und ein Tankflugzeug in Incirlik. Nachdem die Türkei deutschen Bundestagsabgeordneten einen Besuch der dort stationierten Soldat:innen nicht erlaubte, wurden der Abzug der 250 deutschen Soldat:innen und eine Verlegung nach Jordanien beschlossen. Incirlik wird bzw. wurde von den USA als Basis für Versorgungszwecke der US-amerikanischen Streitkräfte im Irak und in Afghanistan genutzt, seit Juli 2015 auch für Luftangriffe auf den IS in Syrien. Seit Oktober 2016 werden von der Türkei aus auch Aufklärungsflüge mit AWACS-Maschinen der NATO geflogen, welche aber ausdrücklich nicht an Kampfeinsätzen beteiligt werden sollen. In der Türkei waren Soldat:innen der Bundeswehr auf dem Luftwaffenstützpunkt Konya stationiert. Von dort starteten NATO AWACS Flüge mit deutscher Beteiligung. Momentan sind 150 spanische Soldat:innen im Rahmen der Active Fence Operation und 1.700 US-Soldat:innen im Rahmen des US-European Command Einsatzes in der Türkei stationiert.

Seit 2014 unterstützte die deutsche Bundesregierung die kurdischen Peschmerga-Truppen der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Kampf gegen den IS mit Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen und Ausbildungsmaßnahmen. Im Zeitraum von 2014 bis 2016 wurden unter anderem 15.000 Sturmgewehre, 60 MILAN Panzerabwehrwaffen (inklusive 1.200 Lenkflugkörper), Panzerfäuste, Handgranaten und mehrere tausend Schuss

Munition aus Deutschland geliefert. Das aktuelle Mandat sieht nicht länger den Schwerpunkt in der Ausbildung der kurdischen Peschmerga, sondern den Fähigkeitsausbau der irakischen Streit- und Sicherheitskräfte mit dem Schwerpunkt der Ausbildung von Ausbilder:innen vor. Die Personalobergrenze für den Einsatz liegt bei 500 Soldat:innen.

Des Weiteren sind in Griechenland rund 600 US-Soldat:innen stationiert. In Bulgarien sind im Rahmen der NATO Forward Land Forces zur Stärkung der Verteidigung und Abschreckung sowie zur Stabilisierung der Region 30 albanische, 30 griechische, 750 italienische und 150 US-amerikanische Soldat:innen stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|---------------------------------|---|
| Konvention zur Bekämpfung der rechtswidrigen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, 1971 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten, 1977 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention gegen Geiselnahmen, 1983 | Beigetreten (mit Einschränkung) | http://treaties.un.org |
| Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials, 1987 | Beigetreten | http://www.iaea.org |
| Konvention über die Markierung von Plastiksprengstoffen, 1998 | Beigetreten (mit Einschränkung) | http://www.icao.int |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge, 2001 | Beigetreten (mit Einschränkung) | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen, 2002 | Beigetreten (mit Einschränkung) | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus, 2007 | Beigetreten (mit Einschränkung) | http://treaties.un.org |

Kommentar

Die Türkei ist allen wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen beigetreten. Insbesondere die Jahre 2015 und 2016 waren von einer hohen Anzahl von Terroranschlägen geprägt. Diese wurden teilweise der PKK, teilweise dem IS zugeschrieben. Die türkische Grenze spielte lange sowohl bei der Versorgung des IS mit Nahrungsmitteln als auch bei Öltransporten zur Finanzierung der Terrororganisation sowie den Transit von Freiwilligen aus dem Ausland eine wichtige Rolle. Dies brachte der Türkei den Vorwurf ein, indirekte und auch direkte Hilfe für den IS zu leisten, da eine Stärkung des IS eine Schwächung Assads bedeute. Internationale Kritik, zunehmende Anschläge der Terrorgruppe in der Türkei selbst und die erneute Eskalation des Kampfes gegen die PKK haben die Türkei jedoch seit 2016 dazu veranlasst, die Grenze verstärkt zu kontrollieren. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass der türkische Geheimdienst (MIT) Waffen an Rebell:innen in Syrien lieferte. Unter den Empfängergruppen soll auch die

islamistische Al-Nusra-Front gewesen sein. Auch bezüglich Libyens besteht der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgte. Die Rolle Ankaras bei der Unterstützung von islamistischen Gruppen führte bereits früh zu Verstimmungen mit anderen Nato-Partnern. 2025 führten die türkischen Sicherheitskräfte landesweit großangelegte Anti-Terror-Razzien gegen mutmaßliche IS-Mitglieder durch, bei denen Hunderte Verdächtige festgenommen wurden, nachdem es zuvor in Yalova bei einem Einsatz gegen eine IS-Zelle zu einem tödlichen Schusswechsel kam.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|-------------|---|
| Konvention gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, 2003 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel insbesondere des Frauen- und Kinderhandels, 2003 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (b) Zusatzprotokoll gegen die Schlepperei von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg, 2004 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen, 2005 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Kommentar

Die Türkei hat sich zu einem strategisch bedeutenden Transitland für Schmuggler:innen und kriminelle Händler:innen zwischen Asien und Europa entwickelt, was insbesondere seit dem sogenannten Arabischen Frühling auch für Waffen gilt. So gab die Türkei beispielsweise im Sommer 2011 an, Waffenlieferungen aus dem Iran an das Regime in Syrien abgefangen zu haben. Im April 2013 wurden auf einem Schiff, welches Libyen ansteuern sollte, fast 1.000 Repetierflinten und mehr als 400 Handfeuerwaffen entdeckt. Diese und weitere Funde zeigen eine Tendenz des zunehmenden Waffenhandels nach Syrien und Libyen, wo seit Ausbruch des Krieges die Nachfrage gestiegen ist. Zudem ist die Türkei sowohl Zielregion als auch ein Ursprungsland von Menschenhandel. Insbesondere aufgrund ihrer geographischen Lage ist die Türkei auch Transitland für Opium aus Afghanistan. So sollen ca. 80 % des in Großbritannien konsumierten Heroins über die Türkei kommen. Nach Angaben des türkischen Außenministeriums machen Beschlagnahmungen von Heroin durch die türkische Polizei 20 % der weltweiten Konfiszierungen aus. Nach den Korruptionsskandalen Ende 2013 sowie dem Putsch wurden die Fähigkeit der Strafverfolgungsbehörden wirksam gegen gut entwickelte kriminelle Netzwerke in der Region vorzugehen jedoch deutlich geschwächt, da ganze Einheiten zum Kampf gegen organisierte Kriminalität aufgelöst wurden. Ebenso wurden viele Mitglieder der Justiz entlassen.

Der Global Organized Crime Index 2025 ordnet die Türkei insgesamt unter den zehn am stärksten betroffenen Staaten ein und weist ihr zugleich eine besonders hohe Präsenz krimineller Akteure in staatlichen Strukturen zu.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|-------------------|---|
| Völkermord-Konvention, 1951 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, 1950 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Zusatzprotokolle zum Genfer Konvention (1950) zum Schutz der Opfer von bewaffneten Konflikten, 1978 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Römisches Statut des Internationalen Strafgerichtshofs, 2002 | Nicht beigetreten | http://treaties.un.org |
| Anti-Korruptions-Konvention, 2005 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

UN-Berichterstattung

Die Türkei berichtet über ihre Waffentransfers in regelmäßigen Abständen an das UN-Waffenregister, mit Ausnahme weniger Jahre, und machte hier in den letzten Jahren umfangreiche Angaben. Im Rahmen des Instruments zur Berichterstattung übermittelte es ebenso in den meisten Jahren Informationen an die UN, zumindest in der vereinfachten Berichtsform.

Da es den Arms Trade Treaty noch nicht ratifiziert hat, hat es entsprechend noch keinen Initialbericht eingereicht. Im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons berichtet es ebenso in regelmäßigen Abständen zumeist recht umfangreich.

Unerlaubte Wiederausfuhr

2016 erhärtete sich der Verdacht, dass die Türkei islamistische Milizen im Westen Libyens mit Waffen versorgt. Ob dabei auch importierte Güter unerlaubt weitergegeben wurden, ist unklar. Am 19. Januar 2014 wurden drei LKWs des Geheimdienstes MIT auf ihrem Weg nach Syrien gestoppt. Sie sollen mit Waffen (Raketen, Mörser, Artilleriegeschosse, Maschinengewehrpatronen und Munition) beladen gewesen sein. Im Januar 2015 veröffentlichte eine Gruppe von Hacker:innen unter Verschluss gehaltene Protokolle des diesbezüglichen Polizeieinsatzes. Daraus geht hervor, dass der Geheimdienst gegen die Durchsuchung durch die Polizei protestierte und sie unter Verweis auf den Auftrag des Präsidenten von der Weiterfahrt überzeugten. Laut der oppositionellen Tageszeitung Cumhuriyet, sollten die Waffen und die Munition in den LKWs an Rebell:innen geliefert werden, die gegen den syrischen Präsidenten Bashar al-Assad kämpften. Die im Mai 2015 veröffentlichten Enthüllungen lösten einen politischen Sturm in der Türkei aus. Erdoğan stellte die Lieferungen zunächst als Hilfsgüter für Turkmen:innen dar, später als Staatsgeheimnis. Auf turkmenischer Seite wurde diese Darstellung verneint. Bezüglich dieses Themas wurde von den türkischen Behörden eine Nachrichtensperre verhängt.

Auch wenn die Bundesregierung betont, keine Erkenntnisse über die mögliche Weitergabe deutscher Waffen durch die Türkei zu haben, wurden immer wieder Anträge zu Rüstungsexporten durch die Bundesregierung mit Verweis auf das Kriterium „Risiko der

Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“ abgelehnt.

Auch im Jahre 2019 wurden libysche Milizen und Regierungstruppen von Premier Fayed Sarraj – trotz bestehenden Waffenembargos der Vereinten Nationen – mit Waffen und Munition aus der Türkei beliefert. Auch diverse syrische Rebell:innengruppen, die derzeit unter dem von türkischer Seite forcierten Truppenverbund der Syrian National Army im Norden des Landes gegen die kurdische YPG kämpfen, wurden von türkischer Seite nachweislich mit diversen Klein- und Großwaffensystemen ausgestattet. Nachdem die FSA im Oktober 2019 in die größere Syrische Nationalarmee (SNA) übergang, wurde auch diese von Ankara unterstützt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2026 der Bertelsmann Stiftung

During the review period, Türkiye's economy suffered from persistent inflation and currency depreciation, compounded by heavy election-related spending in 2023. Following the elections, the government adopted stricter fiscal discipline, raising interest rates and tightening monetary policy. Yet these measures deepened the cost-of-living crisis. The government's likely approach is short-term austerity to stabilize the economy, followed by renewed expansionary policies ahead of 2028. However, fiscal discipline alone cannot resolve structural inefficiencies, external debt dependence, corruption and an over-centralized executive role in economic management.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/TUR>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)

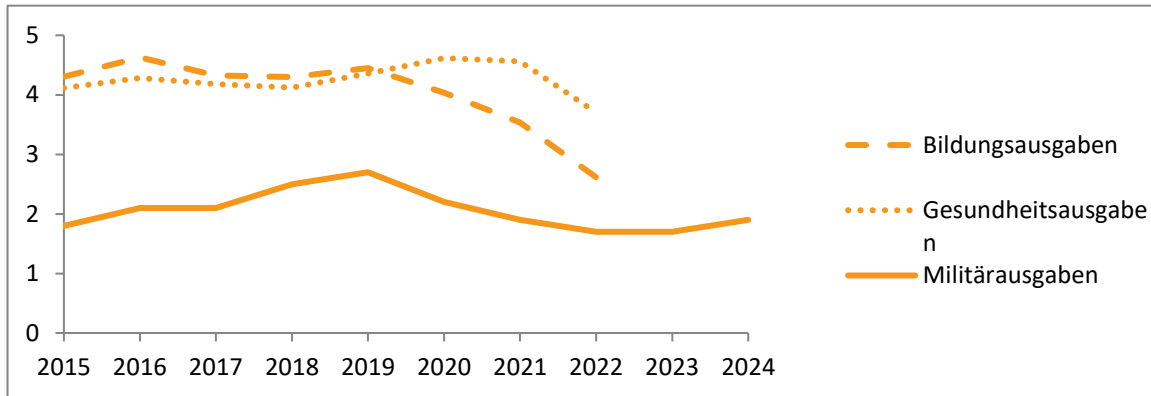
| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|--|-------|-------|-------|-------|-------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 15070 | 15334 | 16429 | 19578 | 21884 |
| Militärausgaben/BIP | 2,2 | 1,9 | 1,7 | 1,7 | 1,9 |
| Gesundheitsausgaben/BIP | 4,6 | 4,6 | 3,7 | - | - |
| Bildungsausgaben/BIP | 4,0 | 3,5 | 2,6 | - | - |

Angaben in konstanten Preisen mit 2023 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|--------|--------|--------|--------|--------|
| Auslandsverschuldung | 414870 | 429770 | 436370 | 457917 | 499842 |
| Anteil am BIP (in %) | 54,5 | 59,7 | 53,2 | 50,5 | 44,7 |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)* | 569,98 | 691,65 | 369,5 | 767,65 | - |
| Net ODA (% of GNI)* | 0,07 | 0,09 | 0,05 | - | - |
| Deutsche ODA Zahlungen* | 290,31 | 366,12 | 135 | 101,38 | - |

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2023); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2023).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Militarisierungswert | 148,8 | 141,8 | 138,9 | 137,9 | 142,3 |
| Index-Platzierung | 22 | 28 | 29 | 31 | 28 |

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

| | | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 |
|--------------------|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Armenien | Militarisierungswert | 215,2 | 206,9 | 205,7 | 221,4 | 219,9 |
| | Index-Platzierung | 5 | 8 | 7 | 4 | 4 |
| Aserbaid- schan | Militarisierungswert | 197,1 | 197,1 | 198,7 | 208,1 | 209,0 |
| | Index-Platzierung | 9 | 10 | 12 | 9 | 10 |
| Bulgarien | Militarisierungswert | 107,2 | 106,1 | 108,8 | 115,1 | 121,7 |
| | Index-Platzierung | 62 | 62 | 56 | 55 | 49 |
| Georgien | Militarisierungswert | 125,7 | 122,4 | 124,2 | 126,8 | 132,3 |
| | Index-Platzierung | 45 | 49 | 42 | 40 | 39 |
| Griechen- land | Militarisierungswert | 186,3 | 196,9 | 202,7 | 190,1 | 196,0 |
| | Index-Platzierung | 13 | 11 | 9 | 14 | 14 |
| Irak | Militarisierungswert | 150,1 | 143,7 | 130,6 | 142,9 | 144,4 |
| | Index-Platzierung | 21 | 25 | 35 | 26 | 27 |
| Iran | Militarisierungswert | 136,3 | 137,2 | 132,4 | 133,4 | 127,1 |
| | Index-Platzierung | 37 | 33 | 34 | 33 | 44 |
| Syrien | Militarisierungswert | - | - | - | - | - |
| | Index-Platzierung | - | - | - | - | - |

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)
Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2025.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in %

| | | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|----------|---------------------------|------|------|------|------|------|
| Armenien | Militärausgaben (absolut) | 883 | 904 | 1329 | 1418 | 1646 |
| | Militärausgaben/BIP | 4,5 | 4,1 | 5,5 | 5,5 | 6,5 |
| | Militärausgaben (absolut) | 3422 | 3326 | 3640 | 3777 | 4673 |

| | | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|----------------|---------------------------|------|------|------|------|------|
| Aserbaid-schan | Militärausgaben/BIP | 4,9 | 3,8 | 4,9 | 5,1 | 6,5 |
| Bulgarien | Militärausgaben (absolut) | 1508 | 1657 | 2041 | 2193 | 2396 |
| | Militärausgaben/BIP | 1,5 | 1,6 | 1,9 | 1,9 | 2,0 |
| Georgien | Militärausgaben (absolut) | 412 | 446 | 495 | 538 | 637 |
| | Militärausgaben/BIP | 1,6 | 1,6 | 1,6 | 1,6 | 1,7 |
| Griechen-land | Militärausgaben (absolut) | 8854 | 9567 | 7221 | 7392 | 7806 |
| | Militärausgaben/BIP | 3,8 | 4,0 | 2,9 | 2,9 | 3,0 |
| Irak | Militärausgaben (absolut) | 5108 | 4823 | 5071 | 6336 | 6399 |
| | Militärausgaben/BIP | 2,3 | 1,6 | 2,3 | 2,3 | 2,4 |
| Iran | Militärausgaben (absolut) | 7946 | 8357 | 8829 | 7892 | 7450 |
| | Militärausgaben/BIP | 2,3 | 2,2 | 2,5 | 2,2 | 2,1 |
| Syrien | Militärausgaben (absolut) | - | - | - | - | - |
| | Militärausgaben/BIP | - | - | - | - | - |

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2024). Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI) & Gender Development Index (GDI)

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| HDI-Wert | 0,841 | 0,838 | 0,841 | 0,853 | 0,853 |
| HDI-Wert (Männer) | 0,863 | 0,860 | 0,863 | 0,875 | 0,876 |
| HDI-Wert (Frauen) | 0,811 | 0,807 | 0,811 | 0,824 | 0,822 |
| GDI-Wert | 0,939 | 0,938 | 0,940 | 0,942 | 0,938 |

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports](#)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen. Der GDI setzt die HDI-Werte für Frauen und Männer in ein Verhältnis zueinander: ein Wert von 1 weist demnach auf vollständige Gleichstellung hinsichtlich der HDI-Kategorien hin. Werte darunter weisen entsprechend auf Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern hin.

Frauen in Wirtschaft und Politik

Der Gender Development Index (GDI) setzt die HDI-Werte von Frauen und Männern basierend auf Lebenserwartung, Bildungsjahren und Einkommen ins Verhältnis zueinander, wobei ein Wert von 1 vollständige Gleichstellung anzeigt. In der Türkei liegt der GDI im Zeitraum 2019 bis 2023 relativ stabil bei rund 0,94. Die geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen sich im Vergleich der HDI-Werte deutlich. Im Jahr 2023 erreichen Männer einen HDI von 0,876, während Frauen bei 0,822 liegen. Dieses Gefälle verweist auf anhaltende strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern.

Ein Blick auf die einzelnen Dimensionen verdeutlicht die Ursachen dieser Differenzen. Frauen haben mit 79,9 Jahren eine höhere Lebenserwartung als Männer mit 74,5 Jahren. Im Bildungsbereich unterscheiden sich die erwarteten Schuljahre kaum. Deutlich größer ist jedoch die Differenz bei den tatsächlich absolvierten Bildungsjahren: Frauen erreichen im Durchschnitt 8,3 Jahre, Männer hingegen 9,7 Jahre.

Am stärksten zeigt sich die Ungleichheit im Einkommensbereich. Das kaufkraftbereinigte Bruttonationaleinkommen pro Kopf liegt für Frauen 2023 bei 21.513\$, während Männer 47.535\$ erzielen. Frauen erreichen damit deutlich weniger als die Hälfte des männlichen Einkommens (siehe [Schaubild 6](#)). Diese Einkommenslücke wirkt sich maßgeblich auf die niedrigeren HDI-Werte von Frauen aus und stellt einen zentralen Faktor geschlechtsspezifischer Ungleichheit in der Türkei dar.

Die strukturellen Unterschiede zeigen sich auch in der wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen bleibt vergleichsweise niedrig, auch wenn sie in den letzten Jahren angestiegen ist. Laut Weltbank lag die Erwerbsquote von Frauen ab 15 Jahren im Jahr 2025 bei 37 %, nachdem sie 2020 noch bei rund 31 % lag. Trotz dieses Anstiegs bleibt die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt begrenzt.

Demgegenüber weist die Türkei im Bildungsbereich deutlich bessere Ausgangsbedingungen auf. Die Alphabetisierungsrate von Frauen ab 15 Jahren lag bereits 2021 bei etwa 95 %. Ein grundlegender Bildungszugang stellt somit kein zentrales Hindernis dar. Die Diskrepanz zwischen hoher Alphabetisierung und niedriger Erwerbsbeteiligung deutet vielmehr auf strukturelle Barrieren beim Übergang von Bildung in Beschäftigung hin.

In politischen Entscheidungspositionen sind Frauen weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Nach Angaben von UN Women liegt der Frauenanteil in nationalen Parlamenten mit 19,9 % im unteren Bereich und ordnet die Türkei im globalen Vergleich auf Rang 126 von 185 ein. Noch geringer fällt die Repräsentation im Kabinett aus: Frauen stellen lediglich 5,9 % der Ministerposten, was einem von 17 Ministerien entspricht und die Türkei auf Rang 173 positioniert.

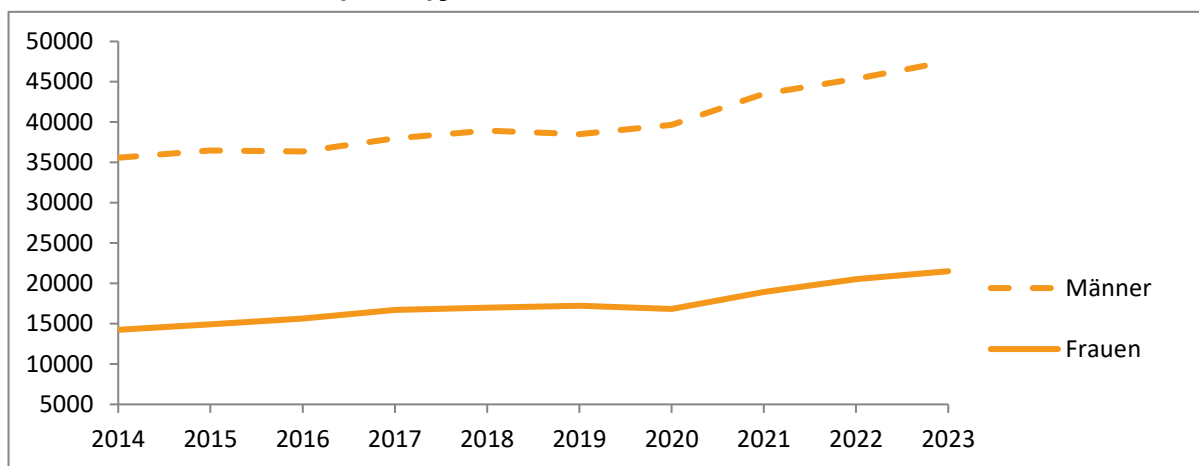
Auch in wirtschaftlichen Führungspositionen zeigt sich ein ähnliches Bild. Im Jahr 2024 verfügen lediglich 9,4 % der Unternehmen über eine weibliche Führungskraft an der Spitze. Gleichzeitig zeigen einzelne Bereiche des öffentlichen Sektors differenziertere Entwicklungen: Die Zahl der Bezirksgouverneurinnen stieg laut Angaben des türkischen Innenministeriums von 32 im Jahr 2016 auf 101 im Jahr 2022 und hat sich damit mehr als verdreifacht. Im Justizbereich zeigt sich sogar nahezu Parität. Nach UNODC Daten lag der Anteil von Richterinnen im Jahr 2023 bei rund 49 %, was auf eine vergleichsweise ausgeglichene Geschlechterverteilung in diesem Sektor hinweist.

Ein Blick auf die institutionellen Rahmenbedingungen verdeutlicht jedoch, dass Fortschritte nicht in allen Bereichen gleichermaßen umgesetzt werden. Das Weltbankprogramm Women, Business and the Law (WBL) 2.0 bewertet neben gesetzlichen Grundlagen auch deren Umsetzung und unterstützende staatliche Strukturen. Die Türkei erreicht im Bereich der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2026 einen Wert von 81,18 von 100 und liegt

damit deutlich über dem globalen Durchschnitt von 67, was auf ein hohes Niveau rechtlicher Gleichstellung hinweist. Die unterstützenden Rahmenbedingungen erreichen mit 57,50 ein mittleres Niveau und liegen leicht über dem globalen Durchschnitt von 47, zeigen jedoch weiterhin Defizite in der praktischen Förderung von Frauen. Der Indexwert zur Umsetzung und Wahrnehmung liegt mit 54,58 ebenfalls im mittleren Bereich und nur knapp über dem globalen Durchschnitt von 53. Dies weist darauf hin, dass bestehende Gesetze zwar weitgehend vorhanden sind, ihre tatsächliche Umsetzung jedoch weiterhin begrenzt bleibt.

Schaubild 6

Geschätztes Einkommen pro Kopf nach Geschlecht (in 2021 PPP\$)



Quellen: Gender Development Index; [Specific country data | Human Development Reports](#)

Zusammenfassung Kriterium 8:

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 13.460 US-Dollar zählt die Türkei weiterhin zu den „upper-middle income countries“. Die türkische Wirtschaft gilt als vergleichsweise diversifiziert und resilient, steht jedoch seit mehreren Jahren unter dem Druck hoher Inflation, Arbeitslosigkeit und struktureller wirtschaftlicher Defizite. Trotz einer anhaltenden Wirtschaftskrise und niedriger Kreditwürdigkeit konnte die Türkei die COVID-19-Pandemie mit positiven Wachstumsraten überstehen und verzeichnete 2024 ein Wirtschaftswachstum von rund 3 %. Im Bereich der sozialen Entwicklung weist die Türkei mit einem HDI-Wert von 0,853 weiterhin ein hohes Niveau „menschlicher Entwicklung“ auf. Extreme Armut ist vergleichsweise gering, gleichzeitig bestehen weiterhin erhebliche Herausforderungen, insbesondere bei Einkommensungleichheit, Jugendarbeitslosigkeit sowie der Umsetzung einzelner SDG's. Zudem beherbergt die Türkei mit rund 3,6 Millionen Geflüchteten die weltweit größte Flüchtlingsbevölkerung. Im Vergleich zu den Bildungs- und Gesundheitsausgaben – welche in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,2 bzw. 4,3 % am BIP lagen, erscheinen die Militärausgaben von 2,0 % am BIP im gleichen Zeitraum nicht unangemessen hoch. Im GMI 2025 belegte die Türkei den 28. Platz und gilt somit als „stark militarisiert“.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit:

Mit einem Bruttonationaleinkommen pro Kopf von 13.460 US-Dollar zählt die Türkei als „upper-middle income country“ und mit einer Auslandsverschuldung von 44,7 % am BIP als mittelmäßig verschuldet. Beim Internationalen Währungsfonds hat die Türkei seit 2013 keine Schulden mehr. Mit einem BIP pro Kopf von 15.882 US-Dollar gehört die Türkei zu den wohlhabenderen Volkswirtschaften im oberen Mittelfeld und verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren ein über dem regionalen Durchschnitt liegendes Pro-Kopf-Wachstum von durchschnittlich 4,8 %. Im Economic Complexity Index (ECI) 2024 belegt die Türkei Rang 42 und konnte ihre Position im Vergleich zum Vorjahrzehnt verbessern, was insbesondere auf eine zunehmende Diversifizierung der Exporte zurückgeführt wird. Forst-, Landwirtschaft und Fischerei machen nur einen Anteil von 5,8 % des BIP aus, was keine hohe makroökonomische Abhängigkeit von diesem krisenanfälligen Sektor (etwa bzgl. Dürren und andere Naturkatastrophen) bedeutet. Allerdings: fast 20 % der Erwerbstätigen sind in der Landwirtschaft beschäftigt. Insbesondere im Osten und Südosten des Landes dient diese oftmals der Subsistenzsicherung. Der Exportsektor ist sehr diversifiziert, sodass kein Produktbereich oder Sektor als besonders wichtig gilt oder spezielle Abhängigkeiten bestehen. Die Dominanz einzelner Sektoren divergiert zwischen Regionen, sodass sektorale Einbrüche tendenziell eher zu lokal begrenzten Problemen führen. Abhängigkeit besteht eher hinsichtlich Importe, insbesondere aus der EU.

Nach einer langen Wachstumsphase und einer steilen sozioökonomischen Entwicklung zu Beginn des Millenniums, hat die Türkei seit einigen Jahren mit einer Wirtschaftskrise (Leistungsbilanzdefizite, eine hohe Inflation und weitere Instabilitäten wie hohe Arbeitslosigkeit und Kreditausfälle) zu kämpfen. Diese wird unter anderem auf den Putschversuch im Jahr 2016 zurückgeführt, da in Reaktion hierauf die Direktinvestitionen sanken und die Tourismusbranche einbrach. In Folge eines umfassenden Konjunkturpakets konnte dem Trend entgegengewirkt werden. Teile dieses Programmes liefen jedoch kurz nach dem Verfassungsreferendum im April 2017 wieder aus. Strukturelle Defizite werden mangelhaft angegangen. So wurde hauptsächlich auf Maßnahmen zur erhöhten Kreditvergabe, Steuersenkungen und gesteigerte Staatsausgaben gesetzt; die defizitäre Leistungsbilanz, die mittelmäßige Wettbewerbsfähigkeit, private Verschuldung, Arbeitslosigkeit sowie die hohe Importabhängigkeit der Türkei bleiben jedoch als Risikofaktoren bestehen. Zudem könnte sich die hohe Inflationsrate langfristig auf den innertürkischen Konsum auswirken, sodass die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zweifelhaft ist. Die Kreditwürdigkeit der Türkei bleibt niedrig (sie wurde Ende 2023 auf „B“ hochgestuft). Die Covid-19 Pandemie konnte das Land aber mit positiven Wachstumsraten überstehen. Im April 2024 lag das BIP-Wachstum bei 3 %.

Soziale Entwicklung

Mit einem Human Development Index Wert von 0,853 gilt die Türkei als ein Land der HDI-Kategorie „sehr hohe menschliche Entwicklung“ und steht auch im regionalen Vergleich sehr gut dar. Lediglich das Nachbarland Griechenland liegt mit 0,908 höher. Gelder der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit sind mit 0,05 % am Bruttonationaleinkommen vernachlässigbar klein und stellen keine Abhängigkeit für die Türkei dar – im Gegenteil, die Türkei tritt mittlerweile gar als Geberland in Erscheinung. Gemessen an den geringeren absoluten Armutsgrenzen (von 3,00 bzw. 4,20 PPP\$ am Tag) weist die Türkei aber große Erfolge auf.

Hier liegen die Zahlen bei 0,4 % bzw. 2,2 % der Bevölkerung (2019) und stellen sich somit als unproblematisch dar. Die Arbeitslosenquote von 10 % (bzw. 19 % unter 15–24-Jährigen) ist allerdings sehr hoch.

Mütter- und Kindersterblichkeit liegen mit 17 pro 100.000 bzw. 9 pro 1.000 Lebendgeburten niedrig (weltweiter Durchschnitt: 223 bzw. 38) und auch weitere grundlegende Indikatoren der Sustainable Development Goals (Prävalenz von Hunger oder Unterernährung; Alphabetisierungsquote, Zugang zu Bildung, sauberem Trinkwasser, Sanitäranlagen und Elektrizität) zeigen sich unproblematisch. Im SDG-Ranking belegt die Türkei somit den 73. von 166 Ländern und liegt bei rund 50 % der Ziele auf einem guten Weg zur Zielerreichung. Insbesondere hinsichtlich Armut (Einkommen und Hunger) und Bildung konnten Erfolge erzielt werden. Dennoch bestehen weiterhin auch noch große Herausforderungen bei insgesamt sieben der 17 Zielen bzw. entsprechenden Subindikatoren (unter anderem bei Geschlechtergerechtigkeit, Arbeiter:innenrechten, Einkommensgleichheit, CO₂-Emissionen, Überfischung und Biodiversität, Korruption sowie Pressefreiheit). Mit einem Gini-Index von 41,9 ist die Einkommensungleichheit bedenklich. Mit 3,6 Millionen Geflüchteten und Asylbewerber:innen (die meisten hiervon aus Syrien) ist die Türkei zudem das Land mit den weltweit größten Flüchtlingsbevölkerung. Dennoch lag die Netto-Migration 2024 mit einem Wert von -275,952 im negativen Bereich.

Im Vergleich zu den Bildungs- und Gesundheitsausgaben – welche in den letzten zehn Jahren durchschnittlich bei 4,2 bzw. 4,3 % am BIP lagen, erscheinen die Militärausgaben von 2,0 % am BIP im gleichen Zeitraum nicht unangemessen hoch. Im GMI 2025 belegte die Türkei den 28. Platz und gilt somit als „stark militarisiert“.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

| | |
|-----------|-------------------|
| REDAKTION | Marc von Boemcken |
| LAYOUT | bicc |
| GRAFIK | Nele Kerndt |

ERSCHEINUNGSDATUM Juni 2026

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

